

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Wiesloch, 29.09.2012: Ludwig Dorner, der „Papa“ vom s'Rote Füchsle hat die Berichterstattung für beide Blätter übernommen. Nochmals herzlichen Dank, Ludwig.

Eine Bemerkung noch zu einem Punkt: worum ging es wirklich bei der Debatte um das Alkoholverbot? Wer sich in der Materie auch nur ein wenig auskennt, hat den Begriff „Prävention“ sehr in den Hintergrund gedrängt gesehen. Ansonsten: Gegen die angeführten Straftaten reichen bestehende Gesetze. Gegen fehlende Polizeipräsenz helfen .. na was denn?

Der Wahlkampf kann nun losgehen, wir haben einen Kandidaten: **Peer Steinbrück**. Hoffentlich finden Basis und Kandidat schnell und gut zueinander. Der „kleine Parteitag“ und dann der „Große Parteitag“ werden die nötigen Klarheiten liefern. Zusammenhalt ist lautet jetzt die Devise. Frau Merkel ist keine leichte Gegnerin. Sollte die Option einer nicht offenen Koalitionsbereitschaft gewählt werden, wird es sehr schwer zu schaffen sein einer GROSSEN KOALITION zu entgehen.

Noch läuft bei uns im „Ländle“ (liebe Vorarlberger, unsere Heimat nennt sich auch so) Die Kandidatensuche und Kandidatenauswahl. Liebe Delegierten und Mitglieder (es gibt auch Kreismitgliederversammlungen), nehmt eure Wahlrechte ernst und geht zu den Kreiskonferenzen. Entscheidet euch für die Kandidaten, bei denen ihr auch eine Chance beim „Listensparteitag“ seht.

Bei den meisten SPD-Kandidaten in Baden-Württemberg entscheiden nämlich Listenplatz und Zweitstimmenanteil (also die Stimme für die SPD) über den Einzug in den Bundestag.

Die Erststimme ist leider für die meisten Bewerber – auch im Bodenseekreis - für den Papierkorb.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Partei Vorstand: Arbeit muss sich lohnen!	2-5
- LPT: „Wir sind die Partei des sozialen Aufstiegs durch Bildung“	5-7
- EU: Frauenquote noch lange nicht vor dem Scheitern - "Blockadehaltung der Bundesregierung zwingt EZB zum Handeln"	7-8
- „Interessenvertreter besser in Normung einbinden“ - Kein Patent auf Pflanzen und Tiere - "Grünes Licht für Europa"	8-10
- "Sicherheit hat Vorfahrt!"	10
- SPD-Bodenseekreis: Bewerbung Jochen Jehle zur Nominierung in Wahlkreis 293	10-12
- Wahlrechtsänderung für die Bundestagswahl 2013 - Die SPD vom Bodenseekreis mischt mit - „SPD im Gespräch“ im September - SPD-Konferenz zur Sicherung des Fachkräfte-Bedarfs in Kluffern	12-16
- Termine im Bodenseekreis	16
- SBI: 11. Prix Wasserfrau an Eva Büchi verliehen - SP Kanton SG: SP-Grüne-Fraktion fordert horizontalen Finanzausgleich	17-18
- Scherbenhaufen Bildungspolitik	19
- SP gewinnt: Linksrutsch in St. Galler Gemeinden - Erhalt Gleisanschluss Zwizach/ZAB Härtefallregelung beim Eigenmietwert	20-21
- Versagen der Bürgerlichen Steuerpolitik	21-22
- SPÖ Vorarlberg: Bundesheer nicht gegen Feuerwehr ausspielen - Umweltbundesamt in Berlin: „Fracking“ generell kritisch	22-23
- Klarere Regeln für Bürgerrat als Instrument der direkten Demokratie	23
- Bildung braucht Gerechtigkeit - 1.500 € Mindestlohn!	23-24
- SPD Kreis BC und Martin Gerster:	
- SPD –Kreismitgliederversammlung	24-25
- Norbert Zeidler ist neuer OB in Biberach	25
- SPD Kreis KN - MdL Hans-Peter Storz:	
- Gottmadingen gilt nicht als betroffen	25-26
- SPD Kreis Ravensburg: In Oberschwaben gründet sich eine Gruppe „Christen und SPD“ – Hannes Munzinger nominiert	26-29
- Ulm und Hilde Mattheis: Hilde Mattheis kämpft für schnelles Internet für alle	29-30
- Mattheis fordert gerechte Entlohnung für Lehrkräfte in Integrationskursen	30
- Ministerin verteilt Placebos	30
- Gestern 10 Billionen, heute 8 Euro	31
- Experten diskutieren berufliche Bildung	31
- SPD-Publikationen in der Region	31
- Fortsetzung: Termine im Bodenseekreis	32
- Interview mit Jochen Jehle	33-34
- Einladung: Vorstandssitzung des UB Allgäu- Bodensee	35-36
- DGB: „Ursula von der Leyen verkauft die Menschen für dumm!“	37
- Einladung Lindenberg	38
- Impressum	39

Beschluss des Parteivorstandes:

Die SPD-Rentenpolitik:

Arbeit muss sich lohnen!

Der SPD-Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung folgenden Antrag an den Parteikonvent am 24. November 2012 verabschiedet:

Die SPD hat in ihrer Regierungszeit zwischen 1998 und 2009 dafür gesorgt, dass die gesetzliche Rentenversicherung die zentrale Säule für die Altersvorsorge in Deutschland bleibt. Sie hat alle Angriffe von Union und FDP zur Abschaffung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung und zum völligen Umstieg auf eine privat finanzierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge abgewehrt. Angesichts der enormen Verluste vieler derartiger kapitalgedeckter Altersvorsorgesysteme während der Finanzkrise zeigt sich, wie wichtig es für die soziale Sicherheit vieler Rentnerinnen und Rentner war, dass die SPD an der gesetzlichen Rentenversicherung festgehalten hat.

Zugleich hat die SPD die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest für den demografischen Wandel gemacht. In wenigen Jahren wird die Zahl der sozialversicherten Beschäftigten drastisch abnehmen, während die Rentenzugänge steigen. Die Generation der „Babyboomer“ nähert sich dem Rentenalter, die Generation „Pillenknick“ muss die sozialen Sicherungssysteme finanzieren. Die von der SPD mitgetragenen Rentenreformen und der Ausbau privater Altersvorsorge als Ergänzung (und nicht als Ersatz, wie von CDU und FDP gefordert) hatten vor allem das Ziel, die nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu sichern und die Belastung junger Generationen nicht zu groß werden zu lassen. Beide Ziele wurden erreicht. Deshalb stellt die SPD diese Rentenreformen und die daraus erwachsene Rentenformel nicht in Frage.

Allerdings hat vor allem die Entwicklung am Arbeitsmarkt Folgen für die Entwicklung der Renten:

Das Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohns, die Benachteiligung von Frauen bei der Bezahlung und durch die fehlenden Angebote zur Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf sowie die Zunahme von unsicheren und

schlecht bezahlten Leih- und Zeitarbeitsplätzen haben zu einem deutlichen Anstieg der Erwerbsarmut geführt. Die Folge von Erwerbsarmut aber ist Altersarmut.

Die Leistungsanforderungen und Belastungen sind für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren gestiegen. Vor allem schwere körperliche Arbeit und Schichtarbeit zwingen schon heute Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu, vor dem 65. Lebensjahr auszuschneiden und entsprechende Abschläge bei der Rente hinzunehmen. Für sie bedeutet die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 nichts anderes als eine weitere Kürzung ihrer Rente trotz jahrzehntelanger harter Arbeit.

Den von dieser Entwicklung betroffenen Menschen will die SPD helfen!

Dazu schlagen wir vor:

I. Bessere Löhne: Erwerbsarmut bekämpfen.

Wer über Altersarmut redet, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen, denn ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut kann der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden. Das Rentensystem kann nicht dauerhaft die während des Arbeitslebens entstandenen sozialen Ungerechtigkeiten am Ende des Arbeitslebens korrigieren.

Deshalb steht am Anfang eine deutlich veränderte Arbeitsmarktpolitik mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € und die Stärkung der Tarifbindung (Allgemeinverbindlichkeit) mit höheren Löhnen und Gehältern in Deutschland. Dazu gehört auch die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sowohl zwischen Leih- und Zeitarbeitnehmern und fest angestellten als auch zwischen Frauen und Männern. Außerdem die Regulierung der ausufernden Werkverträge und die Rückführung der Leih- und Zeitarbeit auf ihren originalen Sinn als flexibles Instrument bei Auftragsspitzen eines Unternehmens und nicht – wie seit Jahren – zur Vernichtung regulärer Arbeitsplätze. Dafür müssen wir die sachgrundlose Befristung abschaffen und die Mitbestimmung von Betriebs- und Personalräten einführen.

Die Bekämpfung der Erwerbsarmut gelingt aber nicht allein durch die Lohnpolitik, sondern darüber hinaus muss es gelingen, die sozi-

ale und kulturelle Spaltung zu überwinden, um allen Menschen die Chance auf ein Arbeit und Einkommen zu ermöglichen. Dazu gehört vor allem:

- Wirtschaftliches Wachstum sowie Erhalt und Ausbau von Industrie und produzierendem Gewerbe.
- Die Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft der deutschen Unternehmen (nur noch 25 Prozent der Betriebe bildet aus!).
- Bessere Bildung u. a. durch frühe Förderung und den Ausbau von Ganztagschulen.
- Erhöhung der Frauenerwerbsquote und der Vollzeitbeschäftigung durch den flächendeckenden Ausbau von Kindertagesstätten.
- Bessere Einstiegs- und Aufstiegschancen in Ausbildung und Beruf für diejenigen, die aus den unterschiedlichsten Gründen bislang keine qualifizierte Berufsausbildung besitzen.

II. Arbeit muss sich lohnen: Altersarmut verhindern.

Die Erwerbsarmut der Zukunft bekämpfen hilft allerdings denen nicht, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten unverschuldet lange Zeit arbeitslos waren oder in schlecht bezahlter Arbeit beschäftigt waren. Aber auch hier muss sich Arbeit im Alter lohnen und langjährige Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung führen, die alle Menschen im Alter erhalten können – unabhängig davon, ob sie Rentenbeiträge gezahlt haben oder nicht.

Deshalb führt die SPD nach einer Regierungsübernahme 2013 parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn eine „Solidarrente“ ein. Sie sorgt dafür, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 € liegt. Ihre Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln.

Um bei den sogenannten „Solo-Selbstständigen“ die Gefährdung durch Altersarmut zu verringern, streben wir ein spezielles Tarif- und Beitragsrecht innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung für sie an. Sofern sie nicht bereits über ein anderes der etablierten obligatorischen Alterssicherungssysteme abgesichert sind, sollen sie in den Versichertenkreis der GRV aufgenommen werden.

III. Brücken ins Rentenalter bauen.

In einer immer differenzierteren Arbeitswelt ist es schwieriger geworden, für alle Arbeitnehmer/-innen-Gruppen gleiche Formen des Eintritts ins Rentenalter zu schaffen. Nicht jeder Rentenzugang passt für alle, aber für alle muss es einen passenden Rentenzugang geben. Vor allem für diejenigen Berufsgruppen und Beschäftigten, die bereits heute aufgrund der Arbeitsbelastung oder aufgrund von Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können, wollen wir den Übergang ins Rentenalter ohne große Einkommensverluste ermöglichen.

Deshalb schlagen wir differenzierte Angebote für den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente vor:

- durch den abschlagsfreien Zugang zur Erwerbsminderungsrente;
- eine Verlängerung der Zurechnungszeit und eine bessere Bewertung der letzten Jahre;
- erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung;
- durch die Einführung der Teilrente ab dem 60. Lebensjahr;
- durch den abschlagsfreien Zugang zur Rente nach 45 Versicherungsjahren.

Die Finanzierung erfolgt durch die Beitragsentwicklung in der Gesetzlichen Rentenversicherung, durch einen Verzicht auf die bislang vorgesehene kurzfristige Absenkung der Beitragssätze und eine stetige Steigerung bis auf das im geltenden Rentenrecht vorgesehene Niveau von 22 Prozent (analog dem Modell des DGB).

Die Arbeitswelt hat einen erheblichen Anteil an der Verursachung von Erwerbsminderung. Für die finanziellen Folgen für die gesetzliche Rentenversicherung bedarf es daher in Zukunft eines größeren Anteils der Arbeitgeber. Deshalb wollen wir prüfen, ob für die Beiträge der Arbeitgeber in Anlehnung an die Beiträge der Berufsgenossenschaften (Gesetzliche Unfallversicherung) ein Bonus-Malus-System entwickelt werden kann, das Anreize für alters- und altengerechte Arbeitsplätze und die Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer/innen schafft.

IV. Lebensstandard sichern – Betriebliche Altersversorgung ausbauen.

Die Rente der gesetzlichen Rentenversicherung hat bereits zu früheren Zeiten nicht immer ausgereicht, den im Arbeitsleben erreichten Lebensstandard zu sichern. Insbesondere betriebliche Altersversorgungen auf der Basis von Tarifverträgen haben in vielen Wirtschaftsbranchen zusätzliche Sicherheit im Alter ermöglicht. Um den jüngeren Berufsgenerationen keine zu großen Belastungen zuzumuten und die Arbeitskosten vor allem für kleine und mittlere Unternehmen nicht drastisch erhöhen zu müssen, wird die gesetzliche Rentenversicherung auch in Zukunft ergänzt werden müssen, um den Lebensstandard zu sichern.

Die SPD will diesen Beitrag zur Altersversorgung auf neue Füße stellen:

- Wir werden über das gesamte Spektrum aller Riester-Produkte für eine deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz sorgen. Den von der Bundesregierung angekündigten Gesetzentwurf werden wir sorgfältig prüfen. Wir wollen, dass für Riester-Produkte von den Anbietern auch Verträge ohne Abschlusskosten angeboten werden. Bei der Leistungshöhe setzen wir auf Sicherheit statt auf Risiko: Notwendig sind die Verwendung verbindlicher Sterbetafeln und eine Mindestverzinsung wie bei ungeförderten Lebensversicherungen. Die Nominalwertgarantie der eingezahlten Beiträge reicht nicht aus.
- Die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung ist aus unserer Sicht die beste Form der privaten und zugleich kollektiven Altersversorgung. Wir wollen sie stärken und durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit auch in den Regionen und Branchen in Deutschland durchsetzen, in denen sie derzeit aufgrund der geringen Tarifbindung in zu geringem Umfang genutzt wird. Zugleich muss die betriebliche Altersversorgung in Anlageformen erfolgen, die gegen Totalverlust und zu geringen Renditen an den Finanzmärkten geschützt sind. Deshalb sind verbindliche gesetzliche Regelungen nötig, die die höchstmögliche Sicherheit der Vermögen der bAV gewährleisten und zugleich in diesem Rahmen eine hohe Ergiebigkeit sicherstellen.
- Bereits heute muss jedem Arbeitnehmer bzw. jeder Arbeitnehmerin auf Nachfrage ein

Angebot zur betrieblichen Entgeltumwandlung gemacht werden. Wir wollen, dass in Zukunft jeder Arbeitgeber und jede Arbeitgeberin für jede/n Beschäftigten eine Entgeltumwandlung zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung anbieten muss, sofern der Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin nicht selbst darauf verzichtet (Arbeitgeber-Obligatorium mit einer „Opt-Out-Regel“ für den/die Arbeitnehmer/in). Für Arbeitgeber, die ein solches bAV Angebot nicht unterbreiten können, sollte eine wertgleiche Alternativoption über Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung oder in bestehende Versorgungssysteme eröffnet werden.

Wir werden nach der Übernahme der Bundesregierung im Herbst 2013 Gespräche mit den Sozialpartnern über eine angemessene Beteiligung der Arbeitgeber an den Kosten der betrieblichen Altersversorgung aufnehmen. Zugleich werden wir in Gesprächen mit den Sozialpartnern entscheiden, ob es bei der bisherigen Förderung der betrieblichen Altersversorgung bleibt (Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung) oder ob sie auf eine neue steuerliche Förderung umgestellt werden soll.

V. Rentenniveau und Beitragsentwicklung.

Die Entscheidungen zur nachhaltigen Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung haben zur Folge, dass das Rentenniveau von derzeit ca. 50 Prozent (gemessen am Einkommen nach Abzug der Sozialabgaben und vor Steuern) auf bis zu 43 Prozent im Jahr 2030 sinken kann. Aktuell schätzt die Deutsche Rentenversicherung das Rentenniveau für das Jahr 2030 auf 44,76 Prozent.

Der SPD-Parteivorstand wird vor dem Parteikonvent am 24.11.2012 nach ausführlicher Debatte innerhalb der SPD und mit Expertinnen und Experten außerhalb der SPD einen Vorschlag unterbreiten, welche Schlussfolgerungen die SPD für ihre Regierungspolitik ab 2013 daraus ziehen wird.

VI. Bundeseinheitliches Rentenbemessungssystem in Ost und West

Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen. Dabei geht es darum eine Lösung zu erarbeiten, die die Interessen der Beitragszahler und Rentner in West und Ost gleichermaßen wahrt. Die SPD mit ihren

Grundwerten Gerechtigkeit und Solidarität muss der Motor einer öffentlichen Gerechtigkeitsdebatte sein, in der sowohl materielle Verhältnisse als auch die emotionale Seite der Betroffenen berücksichtigt werden.

Berlin, 24. September 2012

306/12

Presseservice des SPD-Parteivorstandes

Landesparteitag in Wiesloch:

„Wir sind die Partei des sozialen Aufstiegs durch Bildung“

(Nils Schmid)



Nils Schmid

Foto: Ludwig Dorner

- „Die Vorgängerregierung sollte sich schämen, was sie uns hinterlassen hat.“ (Nils Schmid)
- „Wir stehen in der Tradition von August Bebel, Friedrich Ebert und Willy Brandt, aber auch in der von Adam Riese.“ (Nils Schmid)
- „Die Kultusministerin verdient die volle Unterstützung und hat die volle Unterstützung.“ (Nils Schmid)
- „Wir haben es geschafft, das dreigliedrige Schulsystem zu knacken“ (Gabriele Warminski-Leitheußer).
Die Kultusministerin fügt auch gleich hinzu, dass sie „erst gestern“ (28.9.-2012) in Ehingen in der „Stadthalle“ war und dort bei 300 Bürgermeistern, Gemeinderäten, Schulleitern und Lehrern (alle m/w) auf großes Interesse zum Thema „Gemeinschaftsschule“ getroffen sei. In Ehingen selbst tut sich hierzu sichtbar noch nichts, aber Erbach, Allmendingen und Schelklingen haben die entsprechenden Schritte nach Zustimmung aller zuständigen Gremien eingeleitet. (Wie soll Michael Gorbatschow gesagt haben: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“)

Was geschah bei diesem Landespartei-tag eigentlich? Was war seine Aufgabe?

Die Landes-SPD steckt sich Ziele für die nähere und mittlere Zukunft. Bürger/-innen und Medien, aber natürlich auch die eigenen Mitglieder, wollen wissen: „Wohin bewegt sich die Partei? Was sind ihre Ziele? Wofür will sie sich einsetzen?“ Man soll und man will wissen, ob und warum man SPD wählen soll. Dies wird vom Landespartei-tag beraten und beschlossen. Im Vorfeld bleiben die Gremien (Ortsvereine, Kreisverbände, Landesvorstand, AsF, 60plus, AfA, Jusos usw.) aufgerufen, ihre Zielvorstellungen zu formulieren. Dann tagt – immer noch im Vorfeld des Parteitags – mehrmals die Antragskommission (dazu vom Landespartei-tag – das ist einer mit Wahlen – gewählt!). Sie sichtet die eingegangenen Anträge, überlegt, welche man inhaltlich zusammenfassen kann und ob sie sich mit den Statuten der SPD überhaupt vereinbaren lassen. Dann gehen die vorbereiteten Anträge wieder in die Gremien, die sie durcharbeiten können. Oft sind diese einverstanden, oft wollen sie aber auch etwas geändert haben (ändern, ergänzen, streichen). Diese Änderungsanträge werden, wenn sie rechtzeitig eingehen, auch wieder von der Antragskommission bewertet, die entweder die Annahme oder die Ablehnung empfiehlt.

Nun sind wir endlich beim Landespartei-tag: Jeder Kreisverband hat, abhängig von seiner Mitgliederzahl, Delegierte gewählt. Im Alb-Donau-Kreis sind es 3 Delegierte, im Kreisverband Bodensee 5, im Rhein-Neckar sind es freilich 27! Wenn da 3 Delegierte nicht teilnehmen können, ist es weit weniger dramatisch als bei uns „Kleinen“.

Nachdem der Landespartei-tag (die anwesenden Delegierten) alle Änderungsanträge entweder akzeptiert oder abgelehnt haben (was gut eine Stunde dauerte), wird der ganze „Packen“ Anträge (jetzt teilweise abgeändert), diskutiert. Jeder Redebeitrag ist auf drei Minuten beschränkt, aber so mancher kennt im Eifer die Uhr nicht so genau. Das vorbereitete Heft „Anträge“ umfasst fast 150 Seiten (siehe Abbildung). Die Antragskommission empfiehlt vor jeder Abstimmung Zustimmung oder Ablehnung. Die Delegierten können aber natürlich frei entscheiden: Die Mehrheit gilt. Und so kann es vorkommen, dass ein Antrag des Landespartei-vorstands beschlossen wird („Reißverschluss“ bei Nominierungen), und dass ein

anderer abgelehnt wird („Alkoholverbot auf bestimmten Straßen und Plätzen“).



Foto: Ludwig Dörner

Die Beratung der Anträge, nach Themenblöcken geordnet, dauert Stunden, was allen Teilnehmenden viel Konzentration und Durchhaltevermögen abverlangt. Respekt all denen, die gekommen sind! Um 17 Uhr ist das Ende noch längst nicht abzusehen ... Und alle haben noch eine oft lange Heimfahrt vor sich – Wiesloch liegt bei Heidelberg.

Die Leitanträge befassten sich mit folgenden Schwerpunkten:

- Wirtschaft
- Arbeit und Soziales
- Europa
- Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzen
- Gleichstellung
- Innen[politik] und Recht
- Integration
- Kultus [Kitas, Schulen ...]
- Ländlicher Raum
- Verbraucherschutz
- Wissenschaft, Forschung, Kunst
- Parteiorganisation
- Sonstiges.

Zu jedem Leitantrag gehören „Unteranträge“. Wer Näheres wissen will, vor allem auch, wie darüber mit genau welchem Text beschlossen wurde, findet dies auf der Landes-SPD-Website.

Was auch zum Parteitag gehört: Der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt begrüßt und lädt zu einem Besuch der Stadt ein. Dazu ist freilich keine Zeit, außer man „schwänzt“ die Tagung. Der Landesvorsitzende (Nils Schmid) hält zur Einleitung ein Grundsatzreferat. Zu

Beginn dieses Beitrags finden sich einige markante Aussagen.

Zu den Menschen im Saal gehören die gewählten Delegierten, aber auch der Landesvorstand, die Landtagsfraktion, die baden-württembergischen MdBs, Vertreter/-innen der Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen) sowie „Besucher/-innen“. Zur letzterwähnten Gruppe kann auch jedes „einfache“ Ortsvereinsmitglied gehören. Man sollte sich vorab anmelden – und ist dann willkommen. (Geheimtipp: Wer sich erst ganz kurzfristig zum Besuch entschließt, wird aber wohl auch nicht abgewiesen.)



Harald Kirchner vom SWR kommentiert vor der Kamera

Foto: Ludwig Dörner

Weitere Gäste sind Mitarbeiter/-innen der Landesministerien oder Ehrengäste wie z.B. der Landeselternbeirat. Für aller Sicherheit ist rund ums Haus die Polizei sichtbar präsent. Im Saal könnte man die einen oder anderen Grüppchen von jüngeren Herren bei deren ziviler Abteilung vermuten. Das ist so auch in Ordnung!

Die Räumlichkeiten: Eine schöne und geräumige Stadthalle, das „Palatin“. Sie ist vergleichbar mit der Ehinger Lindenhalle, freilich noch mit angeschlossenem Best Western-Hotel, seit neuem in Ehingen auch nicht unbekannt. Der Name „Palatin“ ist abgeleitet vom lateinischen Wort „palatina“, aus dem sich unser deutsches Wort für „Pfalz“ ableitet. Und in der Tat liegt Wiesloch (samt Heidelberg und Umgegend) in der historischen Landschaft „Kurpfalz“, und Rheinland-Pfalz ist auch nicht weit.

In Nebenräumen gibt es einige einfache Gerichte zu „mäßig einfachen“ Preisen zu haben. Pressevertreter/-innen finden eine Pressemappe, Strom- und Internetanschluss am Platz vor. Auf die Einlösung der Gutscheine für je ein Gericht und ein Getränk hat der Blattmacher des Roten Fächles aus prinzipiellen Gründen

verzichtet. Auch einen Espresso, wenn es einen gegeben hätte, hätte er selber bezahlt. (Manches fängt bei kleinen Dingen an.)

Sehr hilfreich wäre es, wenn die Namen der jeweiligen Redner/-innen sowie die aktuell behandelten Anträge (Kurzbezug, Kennziffer, Seitenzahl) für alle im Saal sichtbar wären. Die Übertragungstechnik (Kamera, Computer, Beamer, Großleinwand) ist ja eh vorhanden. Alles, was die sehr mühsame Beratungs- und Abstimmungs-„Maschinerie“ erleichtert und transparenter macht, wäre gewiss ein großer Gewinn. Denn, das muss uns allen schon klar sein: Das ist gelebte Demokratie – umständlich, mühsam, zuweilen ärgerlich. Aber es ist die einzige Möglichkeit, Volkes Willen umzusetzen. Und das fängt auch bei den Parteitage-delegierten des Kreisverbands an.

Es gibt Parteitage wie diesen, wo Anträge beraten und beschlossen werden. Es gibt Parteitage mit Vorstandswahlen, und es gibt Parteitage, wenn für Landtags- und Bundestagswahlen die Kandidatinnen und Kandidaten nominiert werden.

Zu Parteitagen gehört, dass man da immer mal wieder Leute sieht und teils mit ihnen ein paar Worte wechselt, die man schon seit langen Jahren kennt. Ja, und gerade für unsereiner aus der tiefschwarzen Diaspora tut es ab und zu auch einfach gut, sich mal unter lauten Sozis im Saal zu wissen. Die diskutieren mal ruhig, mal auch der eine oder die andere mit Leidenschaft – aber es sind immer sozialdemokratische Hintergründe. Insofern kann gelebte Demokratie auch schon mal beinahe schön sein!

30.09.2012

Ludwig Dörner



Europa



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Evelyne Gebhardt:

Frauenquote noch lange nicht vor dem Scheitern

Blockade der zehn Mitgliedstaaten gegen eine europaweite Frauenquote für Aufsichtsratsposten muss durchbrochen werden

Kaum liegt der Vorschlag der Justizkommissarin Viviane Reding vor, eine verbindliche Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen ab dem Jahre 2020 einführen zu wollen, da formiert sich schon der Widerstand von zehn Mitgliedstaaten. Die Regierungen Bulgariens, Dänemarks, Großbritanniens, Litauens, Maltas, der Niederlande, Sloweniens, Schwedens, Tschechiens und Ungarns wollen deshalb einen Brief an die Europäische Kommission versenden, um die anstehenden Verhandlungen scheitern zu lassen.

„Ein solches Schreiben ist schlicht der Versuch, die politische Diskussion über eine europäische Frauenquote für Führungspositionen zu verhindern“, ärgerte sich Hohenlohes Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** über das Vorpreschen der Regierungen, noch bevor sich die gesetzgebenden Organe der EU, Europäisches Parlament und Europäischer Ministerrat, überhaupt mit dem Entwurf beschäftigt haben. „Gerade wir im Europäischen Parlament haben da auch noch ein gewichtiges Wörtchen mitzureden“, widersprach die Mulfingerin all denen, die jetzt meinen, der Vorschlag wäre bereits vom Tisch.

Wie so häufig unter Merkelscher Regentschaft macht Deutschland auch bei der Frauenquote für Führungspositionen auf europäischem Parkett eine unglückliche Figur. „Zermürbt vom ewigen Streit in der CDU zwischen Schröder und von der Leyen musste sich die Bundesregierung wieder einmal mit einer Enthaltung begnügen“, so die Sozialdemokratin **Gebhardt**. „Deutschland mutiert vom einstigen Motor immer mehr zur Bremse Europas.“

In dem vorliegenden Entwurf sieht **Evelyne Gebhardt** nur einen allerersten Schritt in die richtige Richtung. „Damit die gläserne Decke auf der Karriereleiter von Frauen gesprengt werden kann, müssen Frauen auch unternehmerische Entscheidungen treffen können. Deshalb wäre eine Frauenquote für Vorstandsposten viel wichtiger gewesen.“

**Künzelsau, den 07.09.2012
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP**

Peter SIMON:

"Blockadehaltung der Bundesregierung zwingt EZB zum Handeln"

EZB-Rat beschließt unbegrenzte Ankäufe von Staatsanleihen

"Wenn Bundeskanzlerin Merkel ihrer Ankündigung, alles für die Rettung des Euro tun zu wollen, wieder einmal keine Taten folgen lässt, bleibt der Europäischen Zentralbank in der jetzigen Situation gar nichts anderes übrig, als erneut in die Presche zu springen, um eine weitere Eskalation der Krise zu verhindern", so der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** zum angekündigten Anleihenkaufprogramm der EZB.

"Jeglichen konstruktiven Ansatz wie z. B. einen europäischen Schuldentilgungsfonds, die Einführung von Eurobonds oder eine Banklizenz für den Rettungsschirm ESM einfach nur zu blockieren, ist kein wirkliches Krisenmanagement. Die Bundesregierung muss endlich Farbe bekennen und eine klare und nachhaltige Lösungsstrategie präsentieren", fordert das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses. "Sonst muss die EZB auch in Zukunft immer wieder die heißen Eisen für die Regierungen der Mitgliedstaaten aus dem Feuer holen", so **Peter SIMON** weiter.

"Mit den unbegrenzten Ankäufen von Staatsanleihen zeigt die EZB Entschlossenheit bei der Verteidigung der Eurozone. Insgeheim ist Merkel der EZB dafür wahrscheinlich sogar noch dankbar, schließlich bügelt die EZB dadurch doch ihre Versäumnisse aus", betont **Peter SIMON**.

Brüssel, 07.09.2012

*Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP*

Evelyne Gebhardt:

„Interessenvertreter besser in Normung einbinden“

Grünes Licht für Revision des EU-Normenrechts

„Nehmen wir an, es gäbe einen USB-Stick und jeder Computer hätte unterschiedliche Schnittstellen für diesen Stick. Wir müssten alle unterschiedliche Adapter kaufen. Allein dieses

Beispiel zeigt, wie wichtig Normierungen sind und wie sehr diese das Leben der Menschen, aber auch der Unternehmen erleichtern können“, begrüßte die Mulfinger SPD-Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** die Verordnung zur europäischen Normung, die das Europäische Parlament in erster Lesung am Dienstag in Straßburg mit großer Mehrheit angenommen hat.

Nach den künftigen Regelungen soll die Verordnung nicht nur Produkte, sondern auch Dienstleistungen unter die europäische Normung einbeziehen. Diesen Vorstoß der EU-Kommission bewertete **Evelyne Gebhardt**, Sprecherin der Sozialdemokraten im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, als kritisch: „Arbeitsabläufe oder Lehrinhalte von Berufsausbildungen müssen weiterhin auf nationaler Ebene geregelt werden. Es ist ein großer Erfolg für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, dass die Prinzipien der Sozialversicherung, der Berufsausbildung und des Gesundheitssystems auch weiterhin von den Mitgliedstaaten definiert werden. So stellen wir sicher, dass etwa auch im Bereich der Reinigungsdienstleistungen keine europäischen Standardisierungen vorgenommen werden können, die die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer verschlechtern würden.“

„Die zukünftig verstärkte Teilnahme der kleinen und mittelständischen Unternehmen und die Einbindung aller Interessenvertreter, wie Verbraucherschutz- und Umweltorganisationen sowie Gewerkschaften, am Normsetzungsverfahren fördert eine breite Akzeptanz der Normung. Schlussendlich hat auch das Europäische Parlament vor der Erstellung einer europäischen Norm die Möglichkeit, sein Veto einzulegen“, unterstrich die Hohenloher Sozialdemokratin **Evelyne Gebhardt**.

Hintergrund:

Die Europäische Kommission stellte am 1. Juni 2011 ihren Vorschlag für eine Verordnung vor, mit der der bestehende Rechtsrahmen der europäischen Normung überarbeitet und ersetzt werden sollte.

Straßburg, 11. 09.2012 Für weitere Informationen:
Abgeordnetenbüro Evelyne Gebhardt, MdEP
und Algara Stenzel (Pressesprecherin)

Evelyne Gebhardt:

Kein Patent auf Pflanzen und Tiere

70.000 Unterschriften an den Präsidenten des Europäischen Parlaments übergeben

Am heutigen Dienstag überreichte **Evelyne Gebhardt** dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, in Straßburg 70.000 Unterschriften gegen das aktuelle Europäische Bio-Patentrecht für Pflanzen und Tiere.

„Ich freue mich sehr über das große Engagement so vieler Bürger und Bürgerinnen, die sich mit ihrer Unterschrift für eine Novellierung und Konkretisierung des EU-Patentrechts stark machen“, lobte Verbraucherschutzexpertin **Gebhardt** aus Mulfingen, die durch das bestehende Europäische Bio-Patentrecht Wettbewerbsbeschränkungen und mittelfristig die Verdrängung von kleinen und mittelständischen Zuchtbetrieben befürchtet. „Diese Aktion macht deutlich, dass die Menschen in Europa die Nachteile einer allzu freizügigen Patentvergabe mit großer Sorge betrachten.“

„Der Schutz von Innovationen darf nicht dazu führen, dass kleine und mittelständische Züchter zukünftig Zuchtlizenzen erwerben müssen“, betonte **Evelyne Gebhardt**. Schließlich soll die Vielfalt an Produkten erhalten bleiben. „Verbraucher müssen auch weiterhin zwischen Tomaten mit unterschiedlichem Geschmack auswählen können.“

Hohenlohes Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** beschäftigt sich seit langem mit dem Europäischen Patentrecht. Als Verhandlungsführerin der Sozialdemokraten im Europaparlament war sie zuletzt maßgeblich an der Erarbeitung einer fraktionsübergreifenden Resolution zur Novellierung des Biopatentrechts beteiligt.

Hintergrund:

Die EU-Richtlinie 98/44/EG regelt die Patentierung von „wesentlichen biologischen Verfahren“. In den letzten Jahren werden beim Europäischen Patentamt (EPA) immer häufiger Patentanmeldungen für herkömmlich gezüchtete Pflanzen eingereicht. Die Große Beschwerdekammer des Europäischen

Patentamt hat 2010 entschieden, dass Methoden, die bei herkömmlich ge-züchteten Pflanzen angewandt werden, nicht patentfähig sind. Dennoch wurde auch 2011 ein Patent für herkömmlich gezüchtete Me-Ionen erteilt.

Künzelsau, den 11. 09. 2012
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Peter SIMON:

"Grünes Licht für Europa"

Bundesverfassungsgericht billigt ESM

Der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** begrüßt die heutige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Mitwirkung Deutschlands am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) unter Vorbehalt zu genehmigen: "Für den Fortbestand des Euro ist diese positive Entscheidung in der jetzigen Situation ein enorm wichtiger Schritt, da der ESM jetzt in Kraft treten kann. Die Folgen einer Ablehnung wären unvorhersehbar gewesen."

Allerdings ist die Bundesregierung nach Auffassung des Mitglieds des Wirtschafts- und Währungsausschusses gefordert, die parlamentarischen Beteiligungsrechte künftig stärker zu achten, als dies in der Vergangenheit wiederholt der Fall war. "Bundestag und Europaparlament sind die Orte demokratischer Mitwirkung und Kontrolle. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung dies endlich akzeptiert und nicht wie bisher regelmäßig versucht, die Parlamentsbeteiligung so gering wie möglich ausfallen zu lassen", fordert **Peter SIMON**.

Straßburg, 12.09.2012 *Für weitere Informationen:*
Büro Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

"Sicherheit hat Vorfahrt!"

Kernkraftwerk Fessenheim geht Ende 2016 vom Netz

Der französische Präsident François Hollande hat heute angekündigt, das nahe der deutsch-französischen Grenze gelegene Kernkraftwerk Fessenheim bis Ende 2016 vom Netz zu nehmen. "Das ist ein wichtiger Tag und großer Erfolg für all die Menschen, die auch auf baden-württembergischer Seite seit Jahren für die Abschaltung des Pannensreaktors gekämpft haben. Ihr unermüdlicher und vorbildlicher Einsatz

wurde endlich belohnt. Am Ende hat doch noch der Schutz der Bürger über das reine Profitdenken gesiegt", begrüßt der baden-württembergische SPDEuropaabgeordnete **Peter SIMON** die Entscheidung Hollandes.

"Im Gegensatz zu seinem Vorgänger stellt der neue französische Präsident die Sicherheitsbedenken und Ängste der Menschen in den Vordergrund und setzt damit ein klares Zeichen zugunsten der Bürger", betont **Peter SIMON**. "Pannensreaktoren wie Fessenheim gehören einfach abgeschaltet. Zumal atomare Gefahr keine Grenzen kennt", so Peter SIMON weiter. Mitte letzten Jahres hatte er gemeinsam mit mehreren französischen und deutschen Europaabgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und der Fraktion der Grünen in einem offenen Brief an den damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy die sofortige Stilllegung von Fessenheim gefordert. "Präsident Hollande hat jetzt die einzig richtige Antwort gegeben: Sicherheit hat Vorfahrt!", so **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 14.09.2012 *Für weitere Informationen:*
Büro Peter Simon, MdEP

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



Als weiterer Bewerber um die Nominierung zum Bundestagskandidaten stellt sich Jochen Jehle vor:

Bewerbung als Bundestagskandidat im Wahlkreis 293 Bodenseekreis

Grünwangen, 15.09.2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit diesem Schreiben bewerbe ich mich im Wahlkreis Bodenseekreis als Bundestagskandidat zur Bundestagswahl 2013. Im beigefügten Lebenslauf könnt ihr euch über mich informieren.



Foto: Jochen Jehle

Durch mein jahrzehntelanges Engagement in der Parteilarbeit auf regionaler, Landes- und Bundesebene bringe ich die Erfahrung mit, die für einen guten Wahlkampf unentbehrlich ist. Ich bin kommunalpolitisch verankert und darüber hinaus auch als Bundestagskandidat 2009 im Wahlkreis bekannt und anerkannt. Etliche Gespräche, die ich mit Ortsvereinsvorständen und Mitgliedern aus dem Bodenseekreis in den letzten Monaten geführt habe, haben gezeigt, dass das an der Parteibasis ebenso gesehen wird.

Mein Interesse an der Bundespolitik ist nach wie vor hoch und ich habe im letzten Bundestagswahlkampf gerne und engagiert mit Bürgerinnen und Bürgern die Konzepte der SPD diskutiert. Mein Erststimmenergebnis zeigt, dass die Wählerinnen und Wähler mir über das SPD-Ergebnis hinaus ihr Vertrauen schenken.

Ich hätte Freude daran, bis zur Bundestagswahl 2013 erneut als euer Wahlkreiskandidat für die SPD zu werben. Gerne würde ich mit den Genossinnen und Genossen vor Ort Ideen für einen bürgernahen Wahlkampf entwickeln und umsetzen.

Viele Grüße

Lebenslauf:

Jochen Jehle

- 44 Jahre, ledig

- Oberstudienrat am Gymnasium im Bildungszentrum Markdorf
- Fächer Physik, Gemeinschaftskunde, Mathematik, Naturwissenschaft und Technik, Wirtschaft

Werdegang

- Abitur 1988
- Zivildienst in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung der Dorfgemeinschaft Lehenhof (Deggenhausertal) bis 1990
- Studium an der Universität Konstanz bis 1996
- Nach dem Referendariat am Seminar für Schulpädagogik Weingarten ein Jahr freiberufliche Lehrtätigkeit, danach Lehrer am Hochrhein-Gymnasium Waldshut bis 2003

Mandate, Ämter und Politik

- 1993 Eintritt in die SPD. Derzeit Vorsitzender des SPD Ortsvereins Deggenhausertal
- 2005 - 2011 Kreisvorsitzender der SPD Bodenseekreis,
- 2006 - 2011 stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gruppe SBI
- Gemeinderat in Deggenhausertal seit 1994
- Kreisrat im Bodenseekreis seit 10/2001
- örtlicher Personalrat am Gymnasium von 2005 – 2010 und 2011 - 2012
- Delegierter auf dem Bundesparteitag zum Hamburger Programm im Oktober 2007
- Vorbereitung und Moderation von Podien und Fachgesprächen im Bodenseekreis u. a. zur Gesundheitsreform, zur Gesundheitsprävention, zur Unternehmenssteuerreform, zum Klimaschutz und die Kampagne zum Bildungsaufbruch zusammen mit Norbert Zeller
- Wahlkampfleiter bei der Bundestagswahl 2005, zusammen mit Dieter Stauber Organisation des Besuchs von Gerhard Schröder in Friedrichshafen
- Organisation der Landtagswahlkämpfe 2001 und 2006
- Bundestagskandidat im Wahlkreis Bodenseekreis für die Wahl 2009
- Mitglied der Antragskommission der SPD Baden-Württemberg 10/2009 – 10/2011

Verbände

- 1989 bis 1993 Mitarbeit im Nord-Süd-Forum Friedrichshafen und 1990 bis 1993 Mitarbeit im Arbeitskreis 'Umrüsten für das Leben' der evangelischen Kirchengemeinde Markdorf

- 1992 bis 1997 Vorsitzender der Bürgerinitiative 'Höchsten ohne Golfplatz e. V.'
- Mitglied im Verein 'Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.' seit 1998
- Mitglied in der GEW seit 1996, derzeit Vertrauensmann und Mitarbeit in der Fachgruppe Gymnasium der GEW Baden-Württemberg
- Seit 2009 Europaunion
- Seit 1985 Kinder-, Jugend- und Verbandsarbeit in der DLRG Ortsgruppe Deggenhausertal und im DLRG Bezirk Bodenseekreis. Derzeit 2. Vorsitzender der Ortsgruppe Deggenhausertal, Multiplikator Schwimmen/Rettungsschwimmen im Landesverband Württemberg

Hobbies

Schwimmen und Laufen, bei Gelegenheit Beachvolleyball und Basketball

Jochen Jehle

Das Interview mit Jochen Jehle ist auf Seite 33-34 wiedergegeben.

Die Redaktion

Wahlrechtsänderung für die Bundestagswahl 2013

Die Zweitstimme soll in Zukunft noch eindeutiger als bisher das Kräfteverhältnis im Bundestag bestimmen

Nachdem das (BVG) Bundesverfassungsgericht das von der schwarzgelben Mehrheit ohne Abstimmung mit den Oppositionsparteien durchgezogene neue Wahlrecht abgelehnt hat, wird fieberhaft an einem Wahlrecht für 2013 gearbeitet, das konform mit dem Urteil des BVG ist. Bei allen Überlegungen, die seitdem angestellt wurden, gilt, dass den in den Bundestag gewählten Parteien prozentual so viele Sitze zustehen, wie sie an Zweitstimmen gesammelt haben. Klingt einfach, ist es leider nicht, da

1. die Stimmen der Parteien, die unter fünf Prozent geblieben sind, gerecht auf die anderen Parteien verteilt werden müssen.
2. Wenn eine Partei über die Erststimme mehr Sitze erhielt, als ihr prozentual zustehen – typisch in 2009 die CSU, die 45 Direktmandate gewann, ihr aber nur 42 Sitze zustanden – wurden diese Direktmandate bisher durch Überhangmandate ausgeglichen. Im bisherigen Wahlrecht wirkte sich das so aus, dass

Schwarzgelb 2009 mehr Sitze im Bundestag erringen konnte, als ihnen gemäß ihrem Zweitstimmenergebnis zugestanden hätten.

Auch wenn das BVG ausnahmsweise 15 Überhangmandate erlaubt, laufen alle Überlegungen außer bei Teilen der CDU/CSU darauf hinaus, ab 2013 eine Zusammensetzung des Bundestags zu erreichen, die auch so nahe wie möglich mathematisch dem Zweitstimmenergebnis entspricht. Dies könnte man durch Vergrößerung der Wahlkreise und damit Verringerung der Direkt- zugunsten der Listenmandate erreichen. Es ist aber äußerst zweifelhaft, dieses an sich gerechte Modell rechtzeitig bis September 2013 durch bundesweite Vergrößerung, und damit Verringerung der heute 299 Wahlkreise zu realisieren. Ernsthaft im Rennen sind deswegen lt. Süddeutscher Zeitung vom 18. 9. 2012 nur noch zwei Modelle, die dies durch sogenannte Ausgleichsmandate erreichen würden. Durch diese Ausgleichsmandate kann sich die Anzahl der Abgeordneten erhöhen. Für die Wahl 2009 wäre die Zahl der Abgeordneten um 4,75% (absolut 31) in einem der Modelle gestiegen.

Unabhängig von der Entscheidung für die zwei übrig gebliebenen Modelle, bedeutet dies für uns im kommenden Wahlkampf, wie in allen vorhergehenden Bundeswahlkämpfen, dass wir die Wählerinnen und Wähler überzeugen müssen, in einem überwiegend konservativen Wahlkreis, SPD zu wählen; und das geschieht nur mit der Zweitstimme. Mit dieser Zweitstimme wird die Anzahl der baden-württembergischen Abgeordneten in Berlin bestimmt. Jedes Direktmandat - was wir uns im Bodenseekreis abschminken müssen -, das nicht auch durch einen guten Listenplatz abgesichert ist, bedeutet nur, dass einer auf den wackligen Listenplätzen nicht nach Berlin kommt. Alle Erststimmen, die nicht der Gewinner des Direktmandats erhält, landen im Papierkorb, wie in allen Bundestagswahlen seit 1949.

Deshalb verstehe ich nicht, dass Kandidaten überall im Ländle darauf stolz sind, wenn sie mehr Erststimmen als die Partei bekommen haben. Nur mit deutlich mehr der so abwertend klingenden Zweitstimme können wir 2013 mehr als 15 Abgeordnete nach Berlin senden können.

18.09.2012

Dietram Hoffmann

Die SPD vom Bodenseekreis mischt mit

Der Vorstand der SPD Bodenseekreis hat sich beim Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg in Wiesloch am Samstag den 29.09.2012 durch die Einreichung von vier Anträgen zum ersten Mal nach vielen Jahren in diesem für die Programmatik der SPD im Ländle so entscheidenden Gremium wieder Gehör verschafft.

Im ersten Antrag wird die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn zeitgleich mit der Elektrifizierung der Süd- und Hoahrheinbahn gefordert, um Schaden vom ÖPNV für Südbaden und Südwürttemberg abzuwenden und den ersten Schritt in Richtung Bodensee-S-Bahn mit einem Halbstundentakt, wie schon auf dem Schweizer Ufer realisiert, zu machen. Der Antrag wurde an die SPD-Landtagsfraktion weitergeleitet.

Über die Bodenseeregion hinaus gehen zwei Anträge, die sich mit der Entwicklung des ländlichen Raums von Baden-Württemberg befassen. Im Antrag „Gute Wirtschaft, soziales Baden-Württemberg auch abseits der urbanen Verdichtungsräume im Land!“ wird zwar die Sparpolitik von Finanzminister Nils Schmid unterstützt, aber darauf hingewiesen, dass die Direktzahlungen des Landes an die Landwirte nur 0,2% des Landeshaushaltes betragen, da der weitaus größere Teil der Förderung der Landwirtschaft durch Mittel der EU erfolgt. Das Ministerium für den ländlichen Raum (MLR), volkstümlich Landwirtschaftsministerium genannt, ist nicht nur für die Landwirtschaft zuständig, sondern generell für die Entwicklung des ländlichen Raumes zuständig. Dazu gehören u. a. die Sicherstellung der Gesundheitsfürsorge, die Erhaltung von Bildungs- und Schulstandorten, Erhaltung der Wirtschaftskraft - hier sei daran erinnert, dass im Tourismus mehr Menschen beschäftigt sind als im Fahrzeugbau - und und und. Deswegen fordert der Antrag, dass die SPD das „platte Land“, das bei uns meistens sehr hügelig ist, nicht abschreibt, sondern fördert. Nach lebhafter Diskussion wurde dieser Antrag angenommen.

Zur Entwicklung einer aktiven Strukturpolitik für die Stärkung peripherer Raumschaften und Regionen abseits der urbanen Verdichtungsräume, forderten die Genossen vom Bodenseekreis eine Landeskonferenz mit dem program-

matischen Titel „Demografischer Wandel und Zukunft für den ländlichen Raum“. Der Landesvorstand wurde vom Parteitag aufgefordert eine solche Konferenz zu planen und durchzuführen.

Im vierten, auch angenommenen Antrag wird die Landesregierung um eine Initiative im Bundesrat zur Erweiterung des Artikels 28 Abs. 1 Satz 3 des Grundgesetzes gebeten. Demnach sollen Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger bei Kommunalwahlen mit „Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen“, gleichgestellt werden, wenn sie mindestens fünf Jahre in der Bundesrepublik Deutschland unbescholten gelebt haben.

Und zu guter Letzt wurde aus ganzem Herzen Nachbarschaftshilfe geleistet. Der Antrag des SPD Kreisverbands Sigmaringen, noch in dieser Legislaturperiode die Direktwahl der Landräte wie in vielen anderen Bundesländern einzuführen, wurde von der SPD Bodenseekreis ausdrücklich unterstützt und ebenfalls vom Landesparteitag angenommen.

Dietram Hoffmann
Medienreferent SPD Bodenseekreis

Schulpolitik in Baden-Württemberg und in der Montfortstadt Tettang:

„SPD im Gespräch“ im September

Im Schulraum „Aquarium“ an der Manzenberg-Werkrealschule in Tettang hat die Orts-SPD im Rahmen ihrer Reihe „**SPD im Gespräch**“ eine weitere Talkrunde erfolgreich absolviert. Siglinde Roman hat dazu erneut (wie schon bei einer Schul-Veranstaltung vor drei Jahren im Gemeindehaus St.Gallus) **Norbert Zeller** eingeladen, ebenso den Bürgermeister Walter und die Rektor/ innen der drei allgemein bildenden Schulen (WRS+RS+Gy) auf dem Tettninger Manzenberg neben der Stadthalle.

Die anwesenden Besucher/innen im Aquarium standen noch ganz unter dem aktuellen Eindruck der Ergebnisse der Sitzungen und Klausurtagungen, in denen die Sparkommission der Stuttgarter Landesregierung sowie die Landtagsfraktionen gleich nach dem Ende der sommerlichen Schulferien nochmals über die Streichung von Lehrer-Stellen und die Höhe der Richtgröße von Schulen beriet. Was die Sparmaßnahmen angeht, hat Finanzminister

Nils Schmid beim kommunalen Finanzausgleich des Landes mit den Kommunen die Städte und Gemeinden noch mit einem blauen Auge davon kommen lassen. Dies heißt jetzt für den neuen Doppelhaushalt 2013/14 in Baden-Württemberg, bei dem 1,3 Milliarden Euro eingespart werden sollen wegen der hohen Staatsverschuldung im Südwesten (40 Mrd. Euro insgesamt), dass sowohl bis 2020 11 600 Lehrerstellen gestrichen werden (frei werdende Stellen werden nicht mehr besetzt) und die Landesbeamten mit erheblichen Einschnitten zu rechnen haben. Junge Referendare bekommen künftig ein viel niedrigeres Eingangsgelohn in den ersten Berufsjahren. Die älteren Beamten müssen wieder mit Aufschieben bei der Besoldungserhöhung oder mit Zeiten von null Besoldungserhöhung rechnen, ergänzt mit Einschnitten bei der Beihilfe in der privaten Krankenversicherung.

Die SPD-Landtagsfraktion hielt ihre Herbst-Klausurtagung übrigens im fernen Berlin ab. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat schon Protest-Maßnahmen gegen die grün-rote Landesregierung angekündigt, weil all die Reform-Maßnahmen im Schulbereich landesweit ein erhebliches Potential der jetzt zur Streichung vorgesehenen Lehrerstellen in den kommenden Jahren beanspruchen werden. Auf was soll die Landes-Regierung dann verzichten: auf die Inklusion, auf das rhythmisierte Ganztagesangebot, auf mehr Krankheitsvertretungen bei ausfallenden Unterrichtsstunden, auf Förderstunden in den Klassen 5 und 6 zum individualisierten Lernen in sehr heterogenen Klassen, auf das Fach „Ethik“ ab der 1.Klasse?

Hier bitte eintragen, welche Einzel-Reform in der Schulpolitik vertagt werden soll -Wichtige Mitteilung an unsere Ministerin G W L in Stuttgart: (natürlich auf gesondertem Blatt)

Was ist momentan mit der Gemeinschaftsschule (GMS), besonders im Bodenseekreis? Im Westen, in Meersburg, ist am 10. September, schon eine GMS mit zwei 5.Klassen gestartet. Die Signale stehen nicht ungünstig für ein Pendant im Osten des Landkreises, also in der Schul-Region Tettang. Dazu müsste der betreffende Schulträger und die jeweilige Schule einen Antrag vorlegen, jetzt beim Staatlichen Schulamt Tettang, bis zum 1. Oktober, mit ausführlicher Beschreibung des pädagogischen Konzepts und des Schulpro-

gramms beim gebundenen Ganztagesangebot.

Über 9 000 Lehrerdeputate innerhalb und außerhalb der Landesschulverwaltung werden nicht direkt für die Arbeit im täglichen Schulunterricht eingesetzt, sondern für unterrichtsfremde Tätigkeiten (in Baden-Württemberg).

Bemerkenswert war an der Tettanger SPD-Veranstaltung, dass nicht nur der SPD-Kreisvorsitzende **Adnan Sabah** und sein Stellvertreter **Ramazan Bilir** teilgenommen haben, sondern auch Bürgermeister Walter persönlich seine Einschätzung zur aktuellen Schulpolitik im Land und in der Montfortstadt mitteilte und dass fast alle Schulleitungen der allgemein bildenden Schulen im Stadtgebiet zusammen mit etlichen Lehrkräften anwesend waren.

Dreh- und Angelpunkt der vielen Wortmeldungen nach den Ausführungen von **Norbert Zeller** zur künftigen Gemeinschaftsschule war die Skepsis, ob wirklich die Niveaus aller 3 bisherigen Schularten am Ende von Kl.9 und 10 in den kleinen Lerngruppen vermittelt werden können, ob der hohe Zeitbedarf für die Lehrkräfte an den neuen GMS diese nicht überfordert und ob die bisherigen Schularten bei den Ressourcen (Lehrerstellen, Förderstunden) Opfer bringen müssen zugunsten der Gemeinschaftsschule.

Ein konkretes Ergebnis nannte der SPD-Schulexperte während seines Referates zum Problem der „regionalen Schulentwicklung“. Diese Aufgabe delegiert die Landesregierung kurzerhand an die Staatlichen Schulämter (wie in Markdorf), die allerdings für die Gymnasien und Berufsschulen selber gar nicht zuständig sind. Es geht dabei um die zurückgehenden Schülerzahlen, die neuen Richtgrößen der Schulen, von den Grundschulen bis zu den Berufsschulen. Wenn diese zu klein geworden sind, soll der Schulträger sie dann kurzerhand schließen, auch gegen den Willen der Eltern und der Kommunalpolitiker?

Ausführlich beschrieb Norbert Zeller für die Zuhörer das Programm der Gemeinschaftsschule mit integriertem pädagogischen Konzept, mit verbundenem Ganztagesangebot (SteG-Studie dazu) und die Inklusion an den Regelschulen für Kinder mit sonderpädagogischen Bildungsbedarf. Im nächsten Jahr 2013 sollen erste Entwürfe für die neuen Bil-

dungspläne der bisherigen Schularten in der SEK I und auch für den künftigen GMS-Bildungsplan vorliegen. Parallel dazu werden die Schulbau-Richtlinien geändert für den erforderlichen Umbau vieler Schulräume angesichts der neuen schulischen Lernkultur. Tettang hat derzeit 2 500 Schüler, zumeist auf dem Campus auf dem Manzenberg, hat noch kleinere Schulen im ländlichen Hinterland und ist als Schulregion vernetzt mit den Nachbar-Kommunen im Norden und im Süden, weniger im Osten und im Westen. Das Referat zur GMS-Planung ist auf der Homepage des Stuttgarter Kultusministeriums unter dem Stichwort: Gemeinschaftsschule abrufbar. Noch im September fasst das Stuttgarter Ministerkabinett einen Beschluss mit den neuen Eckpunkten zum nächsten Doppelhaushalt 2013/2014: mit den Sparmaßnahmen und Neuverschuldungsquoten, mit den Zahlen für die Streichung von frei werdenden Lehrerstellen und die neuen Richtgrößen für die einzelnen Schul-Arten, die Grundschulen ebenso betreffen wie Berufsschulen. Der Doppelhaushalt soll dann noch vor Weihnachten im Landtag verabschiedet werden. Mal sehen, wie die jungen und älteren Landesbeamten, die Lehrerschaft und die Familien mit schulpflichtigen Kindern diese Finanzpolitik bewerten. Wie merkte Bürgermeister Walter zu den Ausführungen von Norbert Zeller an: „Da ist bei allem Verständnis für eine neue Bildungspolitik durch eine neu gewählte Landesregierung viel mit heißer Nadel gestrickt, was Verunsicherungen und Emotionen bei den davon betroffenen Menschen auslöst.“ Anzuerkennen sei freilich das Bemühen um mehr Bildungsgerechtigkeit im Interesse der Heranwachsenden aus eher bildungsfernen Familien.

Im Januar 2013 kommt die baden-württembergische Bildungsministerin Warminski-Leitheußer nach Friedrichshafen zu einem schul- und bildungspolitischen SPD-Symposium.

19.09.2012

W.Bernhard

SPD-Konferenz zur Sicherung des Fachkräfte-Bedarfs in Kluffern

Der Zeitpunkt schien günstig gewählt. Ein neues Ausbildungsjahr hat gerade begonnen, die Agentur für Arbeit siedelt zum 1. Oktober von Ravensburg nach Konstanz um. Und einen Tag nach der Veranstaltung, die in Kluffern über die Bühne gegangen war, verkündete die eine

Lokalzeitung einen „Fachkräftemangel“, die andere Zeitung beleuchtete den demografischen Wandel und die deutlich rückgängigen Schülerzahlen, das sich bald auf dem Ausbildungsmarkt im Handwerk und akut im Dienstleistungsbereich bemerkbar machen wird. Konkretes Ergebnis wenigstens: Der SPD-Kreisvorsitzende Adnan Sabah und der DGB-Regionalsekretär Gottfried Christmann vereinbarten am Ende des vierstündigen Forums, an dieser Thematik dranzubleiben und weitere Veranstaltungen zu einzelnen Aspekten (Zuwanderung ausländischer Fachkräfte, Weiterbildung für ältere Mitarbeiter/innen, flexible Arbeitszeit für Frauen, Schnittstelle Schule/Beruf) zu organisieren, ohne schon über konkrete Termine zu sprechen.

Sowohl Volker Frede von der Geschäftsführung der Ravensburger Agentur für Arbeit, ergänzt von Georg Beetz von der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis, als auch die IG-Metallerin Lilo Rademacher und ihre Gewerkschaftskollegin von ver.di, Sabine Hofmann-Stadtländer, boten eine Fülle detaillierter Ansätze aus der Analyse des Strukturwandels im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in der Industrie, im Handwerk und erst recht in den Berufszweigen der Humanmedizin und der Kranken- und Altenpflege. Wie erwähnt, der Zeitpunkt schien günstig gewählt. Und doch fanden etliche der erwarteten Basis-Experten aus den Reihen der Kreis-SPD und ihrer Ortsvereine auf der einen Seite und der kleineren Gewerkschaften auf der anderen Seite nicht den Weg zu diesem SPD-Forum in Kluffern. Kein Interesse an einem konzentrierten Dialog zu diesem gesellschaftlichen und politischen Zukunftsproblem? Vielleicht. Möglicherweise sieht man auch noch gar nicht den akuten, handlungsleitenden Notstand im eigenen Berufsumfeld. Fachkräftemangel? Den gibt es doch gar nicht, nicht bei uns im Betrieb. Und mögliche Gegenstrategien von der Politik, von den Arbeitgebern, wenn es doch Probleme gibt, geeignete (qualifizierte) Nachwuchskräfte, Spezialisten, für diesen oder jenen Job zu rekrutieren, darüber zu diskutieren, scheint zu komplex, zu anstrengend zu sein. Und erprobte Patentrezepte gibt es auf diesem schwierigen Gebiet ebenso wenig wie es bisher eine qualifizierte wissenschaftliche Untersuchung darüber gibt, was ein „Fachkräftemangel“ überhaupt ist.

Lilo Rademacher forderte die Arbeitgeber in den Industrie-Unternehmen auf, mehr zu tun bei der Ausbildungsquote für junge Leute und

bei der Weiterbildung und der Verbesserungen der Arbeits-Bedingungen für ältere Mitarbeiter /innen. Sie erwähnte das Projekt „Silverline“ bei Audi, bei dem Arbeitnehmer/innen ab 50 durch aufwendige, ergonomisch gestaltete Arbeitsplätze einen wesentlich geringeren Kraftaufwand benötigen, etwa bei der Bearbeitung von Autokarosserien oder beim Einsatz von Maschinen. Ihre Kollegin von der Gewerkschaft ver.di bezifferte den Bedarf an Fachkräften im baden-württembergischen Gesundheitswesen auf 15 500, von den Ärzten bis zu den Pflegeberufen. Sabine Hofmann-Stadtländer reklamierte equal pay für zugewanderte Fachkräfte und wandte sich strikt gegen die Rente mit 67. Allgemeines Anliegen bei den Gewerkschaften an die Politik ist die Überwindung des Notstandes bei der Langzeitarbeitslosigkeit, mit der ebenso Fachkräftepotential vergeudet werde wie mit Minijobs und Leiharbeit. Lilo Rademacher kritisierte die Subvention von ZF für die Zeppelin-Universität (eine 20 Millionen-Spende), während im ZF-Unternehmen in Saarbrücken ganze drei Kindergartenplätze für kleine Kinder der Mitarbeiter angeboten werden. „Arbeit und Leben müssen besser vereinbar sein“, sagte die 2.IG-Metall-Bevollmächtigte u. DGB-Kreisvorsitzende und fügte hinzu: „Die Jugend ist leistungsbereit“, nicht nur in Deutschland, auch in Spanien, wo eine Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent zu beklagen sei.

200 freie Ausbildungsstellen gibt es im Ravensburger Bezirk der Agentur für Arbeit. Mit den zurückgehenden Schülerzahlen in den nächsten Jahren wachse der Konkurrenzdruck zwischen der Industrie und dem Handwerk um den Nachwuchs. Landesweit fehlen bis 2015 in den großen Unternehmen bis zu 280 000 Arbeitskräfte, davon 100 000 mit Hochschulabschluss, so Frede. Die Agentur für Arbeit engagiert sich mit eigenen Maßnahmen bei der Reduzierung der immer noch erheblichen Quote von Schulabgängern ohne einen Hauptschulabschluss. Mehr Anstrengungen der Schulen bei der Berufsorientierung der Schüler und bei der Vermittlung der Grundfertigkeiten Lesen, Rechnen, Schreiben sowie der persönlichen Kompetenzen der jungen Leute wünscht sich Georg Beetz, der Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft. Dies wollte Gretel Schwaderer vom SPD-Ortsverein Kluftern und frühere Grundschullehrerin, nicht so einfach stehen lassen. So wie nach einem afrikanischen Sprichwort ein ganzes Dorf für die Erziehung eines Kindes verantwortlich sei, so

müssten Elternhaus, Schule und Ausbildungsbetrieb an einem Strang ziehen, um den Jugendlichen einen störungsfreien Übergang ins Berufsleben zu ermöglichen. Die Kreishandwerkerschaft ist nach der Industrie zweitgrößter Ausbilder im Bodenseekreis und beschäftigt in 2 200 Betrieben derzeit 12 000 Handwerkerinnen und Handwerker sowie jährlich 880 Auszubildende.

DGB-Regionalsekretär Gottfried Christmann (Ravensburg) würdigte abschließend die „Allianz für Fachkräfte“ der grün-roten Landesregierung. Sie soll um regionale „Allianzen“ wie im benachbarten Konstanz erweitert werden. Gemeinsam übernehme damit die Politik zusammen mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften Verantwortung für die Zukunft des Fachkräfte-Angebotes. Er ging außerdem auf die neue Studie des DGB zur Ausbildungsreife in verschiedenen Branchen ein. Dabei hätten Bank- und Industriekaufleute gut abgeschnitten, während die Fachverkäufer/innen im Lebensmittel-Handwerk und in der Gastronomie deutlich aufholen müssten. Mehr als jeder 5. Azubi bricht seine Lehre vorzeitig ab, ähnlich hoch ist die Quote bei den Studierenden. Sehr detailliert enthalten die „10 Punkte zur Fachkräfte-Sicherung“ der IG Metall Ansätze zu Gegenstrategien für den sich abzeichnenden, wachsenden Bedarf an Fachkräften vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in vielen Berufszweigen: Viele Mitarbeiter /innen jenseits der 50-Jahre-Marke und bald vor dem Ruhestand.

19.09.2012

W.Bernhard

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Kreis- Mitglieder- Versammlung

Nominierungskonferenz der/des BundestagskandidatInnen zum 18. Deutschen Bundestag 2013

Freitag, 12.10.2012

Ort: Dorfgemeinschaftshaus Ittendorf

20:00 – 22:00 Uhr

Fortsetzung Seite 32

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



11. Prix Wasserfrau an Eva Büchi verliehen

Arbon. Für das Buch „Vorkämpferinnen“ über die 101jährige Geschichte der Arboner SP-Frauen wurde die Kreuzlinger Historikerin Eva Büchi mit dem diesjährigen <<Prix Wasserfrau>> geehrt.

Den mit 1000 Euro dotierten Preis vergibt die Sozialistische Bodensee-Internationale (SBI) an Frauen oder Frauen-Organisationen im Bodenseeraum, die sich in herausragender Weise für die Gleichstellung von Frauen engagieren. Eva Büchi

Gerade mal sechs Jahre jünger als die Sozialistische Bodensee-Internationale (SBI) 1902 ist die SP-Frauengruppe Arbon. Auch wenn es sich um eine der ältesten Frauengruppen in der Schweiz handelt: alt wirken sie nicht, sie sind noch sehr lebendig.

Nationalrätin Hildegard Fässler sei die „Mutter des Prix Wasserfrau“, stellte Olga Pircher, derzeitige SBI-Präsidentin aus Vorarlberg in ihrer Begrüßungsrede die Moderatorin der Veranstaltung vor. Wegen der Verständigung in dieser Dreiländerveranstaltung war sich Hildegard Fässler sicher, gebe es keine Schwierigkeiten: „Um den See herum sprechen alle alemannisch“.

Ruth Erat, Autorin, Malerin, Politikerin, stellte in ihrer Laudatio die Aussage Eva Büchis aus ihrem Buch in den Mittelpunkt: „Frauen, die viel leisten, werden einfach vergessen“, dabei sei es klar „wer unsere Welt sozial gemacht hat“, Die Frauen.

In acht Monaten die Aufgabe zur Aufarbeitung der Geschichte der Arboner SP-Frauen zu er-

füllen ist schon eine enorme Leistung. Aber erst das Engagement, die zähen Recherchen, das journalistische Vermögen machen das Werk so „Preis-würdig“. Rund 840 Protokolle sichtete Büchi. Die völlig vergessene Hulda Lauber-Klauser (1890-1979) kam im Arboner Archiv überhaupt nicht vor, wohl aber ihr Mann. „Die die größte Entdeckung im Zuge meiner Recherchen“, so Büchi erschloss sich erst über Gespräche mit der Schwiegertochter als „eine Präsidentin (der Arboner SP-Frauen) die in der Frauengruppe so früh so hochpolitische Fragen thematisierte wie: Schwangerschaftsabbruch, Frauenstimmrecht, Mutterschaftsversicherung, Krankenversicherung, Eherecht oder Besserstellung außerehelicher Kinder.“ Eine Frau, „die sich selbstlos engagierte, obwohl sie nie Hoffnung auf ein politisches Amt hegen durfte“.



Foto: v. li. Fredi Alder, Eva Büchi, Olga Pircher, Hans-Peter Storz (Bild: Gunhild Rübkeil)

Da sie sich mit „Vorkämpferinnen“ nicht nur für die Sache der Frauen einsetzte, sondern auch sehr lebendig schreibe, habe sie den Preis verdient, lobte Ruth Erat die Entscheidung der Jury.

Die Vorarlberger SPÖ-Landesfrauenvorsitzende und SBI-Präsidentin **Olga Pircher** übergab gemeinsam mit den Vizepräsidenten, **Fredi Alder** für die Schweiz und dem deut-

schen SPD -Landtagsabgeordneten **Hans-Peter Storz**, die Bronzeskulptur der Bildhauerin **Irene Thoma** und das Preisgeld. „Zum Glück betreibe ich Krafttraining“, schmunzelte die 48jährige Preisträgerin und nahm die ziemlich schwere Bronzefigur in Empfang.

Für die deutschen Gäste löste sich mit dem Beitrag der Arboner Frauengruppe zur Gestaltung der Feier ein sprachliches Rätsel. Ein nicht alemannisches – aber schweizerisches – Wort wurde verständlich: ein „**Einwurf**“. Damit trug die Gruppe bei. Einwurf – ein Wurf – das Wortspiel ließe sich fortsetzen. Einen guten Wurf machten die „Vorzeigefrauen“ mit ihrem Einwurf, indem sie unter der Regie von Ruth Erat ihren Durchhaltewillen mit übertragenen Versionen von „Die Gedanken sind frei“ und „Marmor, Stein und Eisen bricht“ bekundeten.

Zum Abschluss und Ausklang traf man sich beim Apéro im Foyer des Seeparksaals.

Karl-Heinz König



SP-Grüne-Fraktion fordert einen horizontalen Finanzausgleich

Die Fraktion SP-Grüne hat sich in Gossau auf die kommende Kantonsratssession vorbereitet. Der Wirksamkeitsbericht und Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz sorgte für rege Diskussionen. SP und Grüne fordern, dass endlich der horizontale Lastenausgleich eingeführt wird. Die Fraktion hat ausserdem Jürg Diggelmann für die Ersatzwahlen ans Kantonsgericht nominiert. Er soll den ans Bundesgericht gewählten Niklaus Oberholzer ersetzen.

Die Fraktion nimmt den Wirksamkeitsbericht 2012 über den Vollzug des Finanzausgleichs zur Kenntnis. Obwohl: „*Es ist unverständlich, dass die Regierung den dringend notwendigen horizontalen Finanzausgleich bisher ablehnt und damit den schädlichen Steuerwettbewerb unterstützt*“, so Fraktionspräsident Peter Hartmann. Die Motion der vorberatenden Kommission zum Nachtrag des Finanzausgleichsgesetzes, welche die Prüfung eines horizontalen Ausgleichs, wie auch die Überprüfung und Neuberechnung des Sonderlastenaus-

gleichs Schule und soziodemografischen Sonderlastenausgleichs verlangt, ist daher zu begrüssen.

Sparmassnahmen treffen finanzschwache Gemeinden

Bis die neuen gesetzlichen Regelungen per 2014 greifen werden, ist für 2013 eine Übergangslösung vorgesehen. Die Fraktion SP-Grüne kritisiert, dass die vom Kantonsrat im Rahmen des Sparpakets geforderten Einsparungen von 11.7 Millionen Franken vor allem die finanzschwachen Gemeinden und die Stadt St.Gallen zusätzlich belasten.

Wenig Begeisterung löst die erneute Beratung des XIII. Nachtrag zum Volksschulgesetz aus. Zwar befürwortet die Fraktion den Antrag der vorberatenden Kommission, wonach auch Lehrpersonen im Teilpensum mit mindestens 14 Lektionen anteilmässig von der Pensenreduktion profitieren sollen. Aber die Vorlage bleibt Flickwerk. Denn wie die abgestufte Regelung aussehen soll und wie viele Lektionen genau gestrichen werden müssen, damit die Massnahmen kostenneutral umgesetzt werden können, bleibt unklar.

Meldepflicht von Vermietern beibehalten

Das Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt wird von der SP-Grüne-Fraktion unterstützt. Im Gegensatz zur vorberatenden Kommission möchte die Fraktion aber an der Meldepflicht von Vermietern und Liegenschaftsbesitzern festhalten und den Antrag der Regierung unterstützen. „Die Gemeinden sollen die Möglichkeit behalten, ein entsprechendes Reglement zur Meldepflicht zu erlassen, um so die Aktualität ihrer Einwohnerregister sicherstellen zu können“, so SP-Kantonsrat Dario Sulzer.

Die Fraktion SP-Grüne empfiehlt den St.Galler Rechtsanwalt Jürg Diggelmann zur Wahl als Kantonsrichter. Er soll die Nachfolge von Niklaus Oberholzer antreten, der ans Bundesgericht gewählt wurde. Der 55 jährige Jurist führt seit 20 Jahren eine eigene Anwaltskanzlei. Daneben amtet er als Präsident der Schlichtungsstelle für Arbeitsverhältnisse St.Gallen und ist Ersatzrichter am Verwaltungsgericht.

Gossau, 15. 09.2012

Weitere Auskünfte:

- o **Peter Hartmann, Fraktionspräsident**
- o **Dario Sulzer, Politischer Sekretär**

Scherbenhaufen Bildungspolitik

Gleich zwei Vorlagen aus dem Bildungsdepartement erlitten in der Septembersession des Kantonsrates Schiffbuch. Der XIII. Nachtrag zum Volksschulgesetz, welche die Entlastung der Lehrpersonen kostenneutral, mittels Lektionenabbau, vollziehen wollte, ist gescheitert. Auch der kostenneutrale Beitritt zum Stipendienkonkordat ist ein Armutszeugnis für den Bildungsstandort St.Gallen.

„Der XIII. Nachtrags zum Volksschulgesetz ist ohne die Entlastung der Lehrpersonen nur noch eine leere Hülle“, fasst SP-Kantonsrätin Maria Huber die Bildungsdebatte zusammen. Diesen Scherbenhaufen haben das Bildungsdepartement und die bürgerlichen Parteien zu verantworten. Die SP hat die Vorlage bereits früher als nicht seriös beurteilt. Der Antrag der vorberatenden Kommission, wonach auch Lehrpersonen im Teilpensum mit mindestens 14 Lektionen anteilmässig von der Pensenreduktion profitieren sollen, wurde von SP und Grüne trotzdem befürwortet. Dass eine bürgerliche Mehrheit dann doch nicht auf diese Lösung einlenkte und Nichteintreten beschloss, erstaunt sehr.

Was bleibt ist, dass die Einstiegslohne bei Lehrermangel zeitlich begrenzt angehoben werden können. Diese Massnahme hat die SP bereits bei der ersten Lesung als wenig ausgereift und nicht nachhaltig kritisiert. Die im Vergleich zu tiefen Einstiegslohnen müssen jetzt angepasst werden.

Der Beitritt zum Stipendienkonkordat ist eine Scheinlösung

SP und Grüne setzen sich seit Jahren für einen Beitritt zum Stipendienkonkordat ein. „Der Beitritt zum Stipendienkonkordat ohne Kostenfolge ist jedoch eine Scheinlösung“, so SP-Kantonsrätin Laura Bucher. Wenn auf Mehrausgaben verzichtet werden soll, wird die Chancengleichheit nicht verbessert. Im Gegenteil, die Stipendien werden immer tiefer ausfallen, so dass die Studierenden den Gürtel immer enger schnallen müssen. Die jungen St. Gallerinnen werden mit dieser Lösung ganz klar benachteiligt.

Bürgerliche verweigern Diskussion

Mit drei Motionen wollte die SP die Entlastungen bei den Vermögens-, Unternehmens-

und Einkommenssteuern mindestens teilweise rückgängig machen und so dringend benötigte Steuereinnahmen zurückerhalten. Der Rat hat alle Motionen stillschweigend und diskussionslos abgelehnt. Die SP zeigt sich enttäuscht, dass sich die bürgerlichen Parteien einer Diskussion verwehrt. Damit wird eine weitere Erhöhung des Staatssteuerfusses per 2013 unumgänglich, was zu vermeiden gewesen wäre, denn: *„Bei den Steuergeschenken wurden Reiche und Unternehmen bevorzugt. Die geplante Steuererhöhung trifft jedoch alle Steuerzahlenden, was nicht gerecht ist“*, so Fraktionspräsident Peter Hartmann.

Steuerdetektive statt Steuererhöhungen

Vor dem Hintergrund der Mehrbelastung aller Steuerzahlenden durch allgemeine Steuererhöhungen statt gezielten Rücknahmen der zu weitgehenden Entlastungen, müssen mögliche Zusatzerträge durch bessere und weitergehende Kontrollen ausgeschöpft werden. Die SPG-Fraktion fordert darum in ihrer Motion den Einsatz von Steuerdetektiven und eine Erhöhung des Stellenetats im kantonalen Steueramt.

Finanzschwache Gemeinden entlasten

Das Bashing der ressourcenschwachen Gemeinden und der Stadt St.Gallen im Rahmen des Nachtrags des Finanzausgleichsgesetzes hat für die SPG-Fraktion keine Zukunft. Die finanzschwachen Gemeinden dürfen nicht zusätzlich belasten werden. Die Fraktion SPGrüne hat die klare Erwartung, dass ab 2014 ein horizontaler Finanzausgleich die Solidarität der Gemeinden untereinander ins Zentrum stellt. Die entsprechende Motion wurde an die Regierung überwiesen.

Jürg Diggelmann als Kantonsrichter gewählt

Die Fraktion SP-Grüne freut sich über die Wahl des St.Galler Rechtsanwaltes Jürg Diggelmann als Kantonsrichter. Er tritt die Nachfolge von Niklaus Oberholzer an, der ans Bundesgericht gewählt wurde. Neu für die SP in die Verwaltungsrekurskommission gewählt wurde Heinrich Gründler-Pfäuti aus Abtwil. Auch ihm gratuliert die Fraktion herzlich zur Wahl.

26.09.2012

Weitere Auskünfte:

- o Peter Hartmann, Fraktionspräsident
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär



Sozialdemokratische Partei
Kanton Appenzell Innerrhoden

Communiqué der SP Kanton St.Gallen

SP gewinnt - Linksrutsch in den St. Galler Gemeinden

Die SP Kanton St.Gallen nimmt mit Freude Kenntnis vom Ausgang des Wahlsonntags in den St.Galler Gemeinden. In den Parlamentsstädten St.Gallen (+3 Sitze für SP/JUSO), Wil (+3 Sitze) und Gossau (+1 Sitz) konnte die SP Sitzgewinne verbuchen. Weiter sind auch in den Gemeindeexekutiven beachtliche Erfolge erzielt worden. Die SP kann somit an die Wahlerfolge bei den kantonalen und nationalen Wahlen anknüpfen und blickt zuversichtlich auf die zweiten Wahlgänge vom 4. und 25. November.

In der Stadt St.Gallen konnten SP/JUSO/pfg ihre Sitzzahl von 16 auf 19 aufstocken. In Wil hält die SP-Fraktion neu 8 Sitze (bisher 5) und in Gossau erreicht die SP mit drei Sitzen erstmals Fraktionsstärke. Auch die beiden SP-Gemeindepräsidenten Erwin Camenisch (Uznach) und Daniel Gut (Buchs) wurden mit guten Resultaten bestätigt. In Wattwil verdrängte der SP-Gemeinderatskandidat Hansheiri Keller einen SVP-Bisherigen. In den Stadtratswahlen von Wil, St. Gallen und Rapperswil erreichten die Kandidierenden gute Resultate und damit eine aussichtsreiche Ausgangslage für die 2. Wahlgänge. „Mit dem heutigen Wahlerfolg konnte die St.Galler SP ihre Wahlbilanz weiter verbessern“, freut sich SP-Parteipräsidentin Monika Simmler. In vielen weiteren Gemeinden konnten dank einer beständigen Kommunalpolitik und guten Wahlkämpfen Erfolge gefeiert werden. Die SP freut sich über den Ausgang dieser Wahl und blickt zuversichtlich auf die weiteren Wahlgänge vom November.

23.09.2012

Weitere Auskünfte:

- o Monika Simmler, Parteipräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Interpellation Sulzer-Wil/Hartmann-Flawil (19 Mitunterzeichnende):

«Erhalt Gleisanschluss Zwizach/ZAB

Im Rahmen des Baus der Umfahrungsstrasse Bazenheid wurde auch der Gleisanschluss des Zweckverbandes Abfallverwertung Bazenheid ZAB neu erstellt. Gemäss ZAB wird nun im Rahmen des Effizienzsteigerungsprogrammes der SBB Cargo die Bedienung des Gleisanschlusses Zwizach ab nächstem Fahrplanwechsel im Dezember 2012 definitiv ausgesetzt. Damit wird die Schlacke der KVA Bazenheid ab diesem Zeitpunkt ausschliesslich auf der Strasse – in Gegentransporten mit brennbaren Abfällen – zur Deponie Burgauerfeld, Flawil transportiert.

Im Zweckverband Abfallverwertung Bazenheid ZAB sind 38 Gemeinden aus den Regionen Fürstenland, Wil, Toggenburg und Hinterthurgau zusammengeschlossen. Zum Einzugsgebiet gehören rund 170'000 Einwohnerinnen und Einwohner sowie über 4'000 Gewerbe- und Industriebetriebe. 2004 wurde Zwizach als Wirtschaftsstandort mit einem hohen Entwicklungspotential eingestuft (Grundlagenbericht Amt für Wirtschaft & Amt für Raumentwicklung, Oktober 2004).

Als öffentlich-rechtlicher Betrieb sollte der Zweckverband eine ökologische Vorbildfunktion wahrnehmen. Dass der neue Gleisanschluss nicht mehr bedient wird, ist daher unverständlich. Die Geleise- und Bahnverladeranlagen der ZAB werden im Geschäftsbericht 2011 mit einem amtlichen Verkehrswert von 1.5 Mio Franken beziffert. Es ist anzunehmen, dass die Investitionen noch nicht amortisiert sind. Trotzdem sollen jetzt die Transporte auf die Strasse verlagert werden.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat sich der Kanton an den Kosten für die Erneuerung des Gleisanschlusses Zwizach beteiligt? Falls ja, a) wie hoch war sein Anteil und b) welche Überlegungen führten zur Kostenbeteiligung durch den Kanton?
2. Teilt die Regierung die Ansicht, dass aus ökologischen und verkehrstechnischen Überlegungen, die Bedienung des Gleisanschlusses wichtig ist?
3. Welche weiteren Gleisanschlüsse im Kanton sind ebenfalls von einer Schliessung betroffen?
4. Was hat die Regierung unternommen und was wird sie weiter unternehmen, um die Bedienung des Gleisanschlusses Zwizach auch in Zukunft sicherstellen zu können?

5. Wie schätzt die Regierung das Potential für neue Bahntransporte ein, um die benötigte Anzahl Wagen auf die Schiene zu bringen? Wie stellen sich die regionalen Industriebetriebe und die Waldwirtschaft zum Aussetzen der Bahntransporte?»

25. September 2012 Sulzer-Will, Hartmann-Flawil
Geht an:

- Mitglieder des Präsidiums (10)
- Mitglieder der Regierung und Staatssekretär (8)
- Einreichendes Mitglied Kantonsrat: Sulzer-Wil/Hartmann-Sulzer
- ProtFhr KR (6; mü, mi, mc, bj, et, sa)
- Departement (2; auch per E-Mail)
- SE / VSt / Dv / ka / MRPr / actKR
Dario Sulzer | SP St.Gallen [sulzer@sp-sg.ch]

Motion:

Härtefallregelung beim Eigenmietwert

Am 23. September 2012 wurde die eidgenössische Initiative des Hauseigentümergebietes, welche die Absicht hatte, die Besteuerung des Eigenmietwertes für Seniorinnen und Senioren neu zu regeln („Sicheres Wohnen im Alter“) relativ knapp abgelehnt. Im Kanton St.Gallen wurde die Initiative knapp angenommen. Die Tatsache, dass eine grosse Problematik für gewisse Eigenheimbesitzer besteht, ist unbestritten. Trotzdem ist es der falsche Weg, für eine bestimmte Gruppe Sonderrechte zu schaffen. Der Eigenmietwert kann dort, wo er im Verhältnis zu den Bareinkünften einen grossen Betrag ausmacht, zu Liquiditätsproblemen führen. Davon betroffen sind beispielsweise Rentnerinnen und Rentner, die in einem Eigenheim leben und nur über verhältnismässig bescheidene Renten und andere Geldeinkünfte verfügen und zudem die Hypothek abbezahlt haben. Für diese Härtefälle können die Kantone eine Reduktion des Eigenmietwerts der Erstwohnung vorsehen.

Solange der Systemwechsel bei der Besteuerung des Eigenmietwerts auf nationaler Ebene nicht erfolgt, macht eine solche Härtefallregelung Sinn. Solche bestehen bereits in den Kantonen Zürich, Graubünden, Luzern, Waadt und Genf.

Wir ersuchen die Regierung um die Ausarbeitung einer Härtefallregelung für die Besteuerung des Eigenmietwerts.

26.09.2012

Weitere Auskünfte:

- Laura Bucher, Kantonsrätin
- Felix Gemperle, Kantonsrat

Das Versagen der Bürgerlichen Steuerpolitik

Der Voranschlag 2013 zeigt schonungslos die Folgen der falschen und verantwortungslosen Finanzpolitik der bürgerlichen Mehrheit im Kanton St.Gallen auf. Die Steuereinnahmen gehen zurück und das Loch in der Staatskasse wird immer grösser. Doch statt die Steuersenkungen bei den Gutverdienenden und Unternehmen rückgängig zu machen, drohen erneut Steuerfusserhöhung und Sparpaket. Dies wird vor allem den Mittelstand hart treffen.

Dass die Rechnung 2012 voraussichtlich schlechter abschliessen wird, als budgetiert, ist für die SP wenig verwunderlich. Der Vorschlag 2012 basierte auf dem Prinzip Hoffnung. Doch nach der massiven Senkung der Vermögens-, Unternehmens- und Einkommenssteuern bleiben die erhofften zusätzlichen guten Steuerzahlenden und Unternehmen aus. Jetzt fehlen dem Kanton dringend benötigte Einnahmen.

Steuerfusserhöhung ist ungerecht

Nachdem die bürgerlichen Parteien über Jahre hinweg Gutverdienenden und Unternehmen die Steuern gesenkt und damit dem Kanton dringend benötigte Einnahmen entzogen haben, müssen die bürgerlichen Parteien einer erneuten Erhöhung des Staatssteuerfusses um 10 Prozent zustimmen. Eine Erhöhung des Staatssteuerfusses per 2013 ist leider unumgänglich aber ungerecht. Während bei den Steuergeschenken nur Reiche und Unternehmen bevorzugt wurden, trifft die neue Steuerfusserhöhung alle Steuerzahlenden gleich.

Andere ertragsseitige Massnahmen zwingend

Ertragsseitige Massnahmen sind zwingend und zwar nicht nur über den Steuerfuss. Leider hat es der Kantonsrat in der Septembersession verpasst, die Entlastungen bei den Vermögens-, Unternehmens- und Einkommenssteuern mindestens teilweise rückgängig zu machen und so zusätzliche Steuereinnahmen zurückerhalten. Der Rat hat sich der Diskussion verwehrt und alle Motionen der SP stillschweigend und diskussionslos abgelehnt.

Ein nächstes massives Sparpaket droht. Jetzt muss das Parlament endlich Farbe bekennen und den schwarzen Peter nicht dauernd der Regierung zuschieben. SVP, FDP und CVP

sollen endlich aufzeigen, welche Leistungen beim Kanton künftig gestrichen werden sollen. Bei den Löhnen der Angestellten sieht die SP kein Sparpotential mehr.

St.Gallen, 1. Oktober 2012

Weitere Auskünfte:

- o Felix Gemperle, Parteivizepräsident
- o Peter Hartmann, Fraktionspräsident



Bundesheer nicht gegen Feuerwehr ausspielen

**Michael Ritsch fordert Sachlichkeit in
Bundesheer-Debatte ein**

Für die SPÖ ist klar, dass das Bundesheer professionalisiert gehört. Dazu gehört auch die Ausbildung von 9.300 Milizsoldaten, die pro Jahr eine Entschädigung von etwa 5.000 Euro erhalten werden. Kritik daran lässt SPÖ-Chef Michael Ritsch nicht gelten: "Das Miliz-System gibt es bereits jetzt schon. Die Pläne der SPÖ sehen vor, diesen Bereich des Heeres aufzuwerten. Dazu gehört auch eine gute Bezahlung für den Aufwand der 9.300 Milizionäre. Das Argument, dies würde den Feuerwehren die Leute abgraben, sind an den Haaren herbeigezogen. Die Motivation zur Feuerwehr zu gehen ist eine ganz andere als sich für den Milizdienst zu entscheiden. Wer das nicht berücksichtigt will nur politisches Kleingeld aus der aktuellen Debatte schlagen."

Feuerwehr und Bundesheer ergänzen sich
Michael Ritsch gibt zu bedenken, dass Feuerwehr und Bundesheer in keinem Konkurrenzverhältnis stehen. "Beide Organisationen ergänzen sich im Katastrophenfall sehr gut. Das Bundesheer stellt fachliche Profis, die Feuerwehr hat direktes Know-how zu lokalen Bedingungen. Hier wird es eine gute Zusammenarbeit geben. Es ärgert mich, wenn trotzdem versucht wird, Feuerwehr gegen Bundesheer auszuspielen, um Emotionen zu schüren. Das ist der Ernsthaftigkeit des Themas unwürdig." Michael Ritsch erwartet sich eine sachliche Diskussion. Er hofft auf eine hohe Beteiligung bei der Abstimmung zur Zukunft des Bundesheeres am 20. Jänner. "Schlussendlich wird die Bevölkerung entscheiden, welcher Weg Österreich eingeschlagen wird."

Berufsheer ist zeitgemäß

Der SPÖ-Chef weist darauf hin, dass 21 von 27 EU-Staaten keine Wehrpflicht mehr haben. „Seit dem Kalten Krieg hat sich die Welt verändert. Heute rechnet niemand mehr mit einem ‚Panzerkrieg am Marchfeld‘. Die Gegenwart und absehbare Zukunft verlangt es nicht mehr, dass jährlich 24.000 junge Männer zum Dienst an der Waffe gezwungen werden“, so Michael Ritsch.

SPÖ-Express 12.09.2012

Zufrieden über die Entscheidung des Umweltbundesamtes in Berlin betreffend „Fracking“

**SBI-Präsidentin Olga Pircher begrüßt
Entscheidung des Bundesumweltamtes,
„Fracking“ als generell kritisch
einzustufen.**

„Zurücklehnen dürfen wir uns aber nicht. Es gilt weiter gegen diese und jede andere Art gefährlicher Energiegewinnung aufzutreten und zwar gemeinsam mit den VertreterInnen im gesamten Bodenseeraum“, erklärt Olga Pircher, Präsidentin der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI). „Ich für meinen Teil werde weiter alles daran setzen, den Bodensee als Trinkwasserreserve für eine Vielzahl von Menschen zu schützen und zu erhalten“, so Pircher weiter.

In den kommenden Sitzungen der Bodenseerinternationale werde das Thema wieder im Mittelpunkt stehen. Die Initiative gegen „Fracking“ kam von Seiten der SPÖ Vorarlberg. „Wir werden uns weiter grenzüberschreitend gegen jegliche Form von gefährlichen Energieexperimenten zur Wehr setzen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Entscheidung des Bundesumweltamtes das endgültige Aus für ‚Fracking‘ im Bodenseeraum bedeutet“, so die SBI-Präsidentin. Gespannt dürfe man auf das Expertenforum im Dezember blicken und die hoffentlich daraus resultierende bundesweit einheitliche Regelung.

Am besten sollte „Fracking“ in Trinkwassergebieten überhaupt verboten werden, eine Umweltverträglichkeitsprüfung erübrige sich dann. Der Schutz der Menschen und der Natur hat nach Ansicht von Olga Pircher eindeutig Vor-

rang gegenüber lukrativen Geschäften von Konzernen wie ExxonMobil.

SPÖ-Express 12.09.2012

Klarere Regeln für Bürgerrat als Instrument der direkten Demokratie

Bürgeranliegen und Petitionen zum Thema des Bürgerrats machen

Beim Thema Bürgerrat schlägt Michael Ritsch in dieselbe Kerbe wie der scheidende Landtagsdirektor Peter Bußjäger, der darin eine Verbesserung des Dialogs von Bürgern und Politikern sieht. Allerdings sollten nach Ansicht von Michael Ritsch die derzeitigen Vorgaben betreffend Bürgerrat klarer definiert werden.

Nach Ansicht der SPÖ Vorarlberg braucht es beispielsweise genaue Richtlinien, unter welchen Voraussetzungen ein Bürgerrat stattfinden soll. Dazu zählt etwa auch eine Regelung, die verhindert, dass die ÖVP aufgrund ihrer Mehrheit in der Lage ist, einen gewünschten Bürgerrat eigenmächtig auszuhebeln.

Um Anliegen engagierter BürgerInnen, die bisher oftmals zu wenig berücksichtigt wurden, mehr Gehör und Durchsetzungskraft zu verschaffen, sollten daher auch Petitionen, die eine noch zu definierende Anzahl von Unterstützungsunterschriften vorweisen, automatisch in einem Bürgerrat behandelt werden.

Ebenfalls noch genauer definiert werden sollte die Art und Weise, wie ein Bürger ein bestimmtes Thema zur Behandlung in einem Bürgerrat einfordern kann.

„Der Bürgerrat ist ein hilfreiches Instrumentarium, um bestimmte Themen aufzuarbeiten und die Meinung und den Rat der BürgerInnen in politische Entscheidungen mit einfließen zu lassen. Man muss aber eine gewisse Vorsicht walten lassen, damit dieses Mittel der direkten Demokratie keine missbräuchliche Verwendung findet“, begründet Michael Ritsch seine Forderungen.

SPÖ-Express 19.09.2012

Infos

Bundesebildungskonferenz:

Bildung braucht Gerechtigkeit – Gegen das Vererben von Bildungschancen

Bei der Bundesebildungskonferenz der SPÖ wurde Wiens Stadtrat Michael Ludwig mit 99 Prozent der Stimmen als Vorsitzender der sozialdemokratischen Bildungsorganisation bestätigt. In ihrer Rede betonte Bildungsministerin Claudia Schmied, dass die SPÖ „schon immer eine Bildungspartei“ war. „Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Gerechtigkeit durch Bildung erreicht wird“, so die Bundesministerin.

Die Bundesebildungskonferenz 2012 der SPÖ stand unter dem Motto "Bildung und Gerechtigkeit", beides Eckpfeiler einer sozialdemokratischen Politik. Bildungsministerin Claudia Schmied diskutierte neben SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer, SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl und Bundesbildungsvorsitzenden Michael Ludwig mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in der Wiener Urania. „Bildung ist die Basis eines guten Lebens und es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen Bildung und Ausbildung auf der einen und Wohlstand auf der anderen Seite. Bildung bedeutet Sicherheit und daher ist es unser Ziel, dass immer mehr Menschen höhere Bildungsabschlüsse erreichen“, betonte Schmied.

In seiner Rede machte der alte und neue Vorsitzende der sozialdemokratischen Bildungsorganisation, Michael Ludwig, klar, dass Österreich heute vor zwei entscheidenden Herausforderungen in der Bildungspolitik steht: „Es geht darum, mehr Chancengerechtigkeit in und durch Bildung zu erreichen und das hartnäckige Vererben von Bildungschancen zurückzudrängen. Und gleichzeitig auch darum durch Bildung die Grundlagen für die Teilnahme an Demokratie zu schaffen, sie zu stabilisieren und stetig zu erneuern.“ Zu Ludwigs Stellvertreterinnen und Stellvertretern wurden die Wissenschaftssprecherin der SPÖ Andrea Kuntzl, der SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer und die Landesbildungsvorsitzenden Bernd Dobesberger (ÖÖ), Beate Raabe-

Schasching (NÖ), Hannes Schwarz (Stmk) und Ernst Woller (Wien) gewählt.

SPÖ-Express 19.09.2012

LÄNDLE GERECHT

1.500 € Mindestlohn!

In Vorarlberg sind 17.000 Menschen trotz Berufstätigkeit von Armut betroffen. Rechnet man die Angehörigen dieser Menschen dazu, können somit 35.000 Personen nicht von diesem Einkommen leben. Reale Armut hat mittlerweile längst auch die Mittelschicht in Vorarlberg erreicht. 5,5% oder umgerechnet cirka 22.000 Menschen in Vorarlberg leben in manifester Armut. 12% der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger (etwa 45.000 Personen) sind armutsgefährdet.



40.000 € Überschuss

2010 erwirtschaftete jede Arbeitskraft für ihr Unternehmen im Durchschnitt einen Überschuss von über 40.000 Euro. Im Gegensatz dazu werden die Gehaltserhöhungen dieser Arbeitskräfte von der Inflation aufgeessen. Reiche werden immer reicher und Arme wer-

den immer ärmer. Es ist äußerst bedenklich, dass das Armutsrisiko auch in Vorarlberg stetig zunimmt. Vor allem angesichts der Tatsache, dass auf der anderen Seite in den letzten 15 Jahren auch der Wohlstand kontinuierlich gewachsen ist. Wobei zehn Prozent der Bevölkerung fast 70 Prozent des Geldvermögens besitzen.

Die SPÖ Vorarlberg hat bereits mehrfach entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut im Land eingefordert. Dies sind unter anderem die Erhöhung des kollektivvertraglichen Mindestlohnes auf 1.500 Euro, die Einführung einer Reichensteuer, die kostenlose Kinderbetreuung, die gemeinsame Schule der 6 bis 15-Jährigen und die Ganztagschule, sowie der massive Ausbau des gemeinnützigen Wohnbaus in Vorarlberg.

*Michael Ritsch, SPÖ-Vorsitzender
Aus: SPÖ-Express*

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

SPD - Kreismitgliederversammlung

Tariftreugesetz verhindert Niedriglöhne und damit zukünftige Altersarmut BIBERACH - Rudolf Hausmann, der frühere Generalsekretär der Landes-SPD und noch immer engagierte Gewerkschafter, hat jetzt bei der Mitgliederversammlung der Kreis-SPD in der Biberacher TG-Gaststätte über das Tariftreugesetz der grünroten Landesregierung berichtet. Zuvor hatte sich der sozialdemokratische Oberbürgermeisterkandidat Oliver Reken den rund 30 Anwesenden vorgestellt.

Reken ging in seinem Grußwort auf sein bisheriges Engagement, u. a. als Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Ueckermünde oder als Vorsitzender der Wirtschaftsjuvenen Ludwigsburg, ein. Er sprach auch über seine Rolle als Abwicklungsvorstand der City BKK, da in diesem Bereich offensichtlich noch Missverständnisse vorhanden seien. Als Landesgeschäftsführer der mhplus-Betriebskrankenkasse und erfahrener Sanierer war er 2011 im Schnellverfahren zur überfälligen Sanierung der maroden City BKK geschickt worden. Nach seiner fachkundigen Prüfung der Zahlen habe er allerdings dann direkt die Insolvenz

angemeldet. In seiner Rede lobte er auch den anwesenden ehemaligen Biberacher Oberbürgermeister Thomas Fettback für die gute Arbeit, die dieser in den vergangenen 18 Jahren geleistet habe. Abschließend bedankte Reken sich noch für die Unterstützung der hiesigen SPD im bisherigen Wahlkampf, beispielsweise für die Mithilfe beim Plakatieren. Bevor er zu einem Wahlkampftermin in den Biberacher Teilort Ringschnait weiterfuhr, übergab der OB-Kandidat an Ver.di-Fachbereichsleiter Rudolf Hausmann.

Dieser erläuterte, dass das geplante Tariftreugesetz die Unternehmen verpflichte, ihren ArbeitnehmerInnen genug zu bezahlen, wollten sie öffentliche Aufträge. Die Wichtigkeit dieses Gesetzes verdeutlichte Hausmann anhand der aktuellen Rentendiskussion: Einen kleinen Beitrag zur Verhinderung von Altersarmut liefere das Tariftreugesetz, da so Unternehmen, die mittels Niedriglöhnen ihre Preise günstig halten wollten, nicht länger von öffentlichen Aufträgen profitieren könnten. Nach seinem Vortrag stand Hausmann einer angeregten Frage- und Diskussionsrunde Rede und Antwort und zeigte sich zum Abschluss der Veranstaltung erfreut über das große und fachkundige Interesse an den Themen Tariftreue und Folgen der überhandnehmenden Leiharbeit. Die Mitgliederversammlung schickte außerdem Lisa Stahn (21) zusammen mit Stefan Gretzinger (19) als Delegierte zum SPD-Landesparteitag am 29. September in Wiesloch.

14.09.2012

Stefan Gretzinger

Norbert Zeidler ist neuer OB in Biberach

Biberach - **Norbert Zeidler** (45) wird neuer Oberbürgermeister der Stadt Biberach. Bei der OB-Wahl holte er bereits im ersten Wahlgang 70,3 Prozent der Stimmen und damit auch die erforderliche absolute Mehrheit. Die Wahlbeteiligung lag bei 48,9 Prozent. Norbert Zeidler ist seit 13 Jahren Bürgermeister der Gemeinde Remshalden (Rems-Murr-Kreis). Seine vier Mitbewerber um das Amt erzielten: Uli Stöckle (Biberach) 7,0 Prozent, Markus Gensior (Ravensburg) 1,2 Prozent, Oliver Reken (Ludwigsburg) 12,1 Prozent und Walter Zerb (Neu-Ulm) 8,9 Prozent.

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** (SPD) gratulierte Zeidler zum Wahlsieg. Für seinen Kandidaten Oliver Reken

sei er sehr enttäuscht, weil er einen sehr engagierten Wahlkampf geführt habe. Vielleicht sei es aber auch gut, dass es ein solch klares Ergebnis gegeben habe. „Dieser große Vertrauensvorschuss wird Herrn Zeidler den Start erleichtern.“

Der zurückgetretene SPD-OB Thomas Fettback meinte zum Wahlausgang: „Zum Wahlergebnis selbst sage ich nichts, das gehört sich als scheidender Oberbürgermeister nicht. Zu meinem Nachfolger habe ich gesagt: Viel Glück, ich hoffe, dass Ihnen die Stadt Biberach den nötigen Respekt zollt und dass er der Stadt mit Respekt gegenübertritt. Denn das ist das A und O in der Kommunalpolitik.“

Der SPD-Mann Oliver Reken saß mit Wahlkampf Helfern und weiteren Genossen nach Verkündung des Wahlergebnisses und Gratulation an den Siegers im Lokal „QK“. Mancher wirkt geknickt und enttäuscht. Reken lächelt trotzdem und sagt: „Dieser Wahlkampf trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei – egal, wie das Ergebnis aussieht. So eine Grenzerfahrung macht man in keinem Seminar.“

02.10.2012

Wolfgang Heinzel

SPD Kreis Konstanz

MdL Hans-Peter Storz

Schweizer Atommüll-Lager:

Gottmadingen gilt nicht als betroffen

Landtagsabgeordneter Storz:

Koordinierungsstelle beim Regionalverband hilft im Verfahren

Gottmadingen liegt in unmittelbarer Nähe zu potenziellen Schweizer Atommüll-Lagerstätten. Doch im Schweizer Genehmigungsverfahren wird Gottmadingen nicht als betroffene Gemeinde eingestuft. Die Landesregierung drängt die Schweiz auf eine Änderung, antwortete das baden-württembergische Umweltministerium auf eine kleine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten **Hans-Peter Storz**. Doch bislang scheiterten die Bemühungen am Schweizer Bundesrat. Die Interessen betroffe-

ner Gemeinden werden in den Genehmigungsverfahren besonders berücksichtigt.

Die Landesregierung helfe aber Gottmadingen und anderen Gemeinden aus der Grenzregion im Genehmigungsverfahren für das atomare



H.-P. Storz Foto: Wolfgang Schmidt
Endlager, erfuhr Storz aus dem Ministerium. So wurde beim Regionalverband Hochrhein-Bodensee, der seinen Sitz in Waldshut hat, kürzlich eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Diese soll die deutschen Vertreter im Verfahren unterstützen und vor allem den Gemeinden, die nicht direkt beteiligt werden, als Ansprechpartner dienen. Die Hälfte der Kosten dafür trägt in den nächsten vier Jahren das Land Baden-Württemberg. „Die Koordinierungsstelle ist ein wichtiges Kompetenzzentrum, um den Interessen unserer Region Gehör zu verschaffen“, begrüßt Storz die Einrichtung.

Gottmadingen und andere Gemeinden in Grenznähe bleiben deswegen außen vor, weil die Schweizer Seite nur Kommunen als betroffen ansieht, die nicht weiter als fünf Kilometer von potentiellen Standorten entfernt seien. „Dieser Abstand ist zu gering und willkürlich gewählt“, sagt Storz. Die Landesregierung teilt diese Auffassung und fordert, alle Gemeinden, die weniger als 30 Kilometer von einer möglichen Lagerstätte entfernt sind, in das Anhörungsverfahren einzubeziehen. Entsprechende Bemühungen der Regierung scheiterten am Widerstand des Schweizer Bundesrats.

So bleibt es vorläufig nur bei einer mittelbaren Beteiligung Gottmadingens. Denn die Verwaltungsgemeinschaft, die zusätzlich aus den Gemeinden Gailingen und Büsingen besteht, kann zwei Vertreter die Regionalkonferenzen für die Standorte „Südranden“ und „Zürich Nordost“ entsenden. Storz fordert die Landesregierung auf, nicht locker zu lassen, damit alle grenznahen Gemeinden angemessen beteiligt werden.

Link zur Landtagsdrucksache:

http://www.landtag-bw.de/scr/initiativen/ini_check.asp?wp=15&drs=2170

14.09.2012

Team Hans-Peter Storz, MdL
Winfried Kropp (Pressereferent)

SPD Kreis Ravensburg

In Oberschwaben gründet sich eine Gruppe „Christen und SPD“

Liebe Genossin, lieber Genosse,

immer wieder wird das Verhältnis zwischen der SPD und den christlichen Kirchen diskutiert, mit unterschiedlichen Akzenten. Oberschwaben ist nach wie vor eine Gegend, die stark christlich geprägt ist und wo im Vergleich zu anderen Teilen unseres Landes die Mehrzahl der Menschen in den christlichen Kirchen beheimatet ist, wenn auch mit abnehmender Tendenz.

Zugleich lässt sich folgender Trend nicht leugnen: Die Partei mit dem C in ihrem Namen verliert seit längerer Zeit kontinuierlich Anhängerschaft unter den Christen. Gleichzeitig konnte die SPD hier bisher kaum davon profitieren.

In den vergangenen Monaten haben sich einige engagierte SPD-Mitglieder, die zugleich aktive Mitglieder in der evangelischen und katholischen Kirche sind, getroffen. Lange Jahrzehnte wurde auf beiden Seiten das Trennende, scheinbar Unvereinbare zwischen Kirche und SPD hervorgehoben. Trotzdem gab es immer schon profilierte SPD-Politiker, die zugleich engagierte Mitglieder besonders in der evangelischen Kirche waren. Sie hatten es schwer, in der Partei wie in ihrer Kirche (besonders schwer hatten es die wenigen Katholiken, wenn sie sich zur SPD bekannten). Das hat sich glücklicherweise geändert, wenngleich

laute Stimmen heute für eine strikte Trennung von Kirche und Staat votieren.

Die SPD hat auf ihrem jüngsten Bundespartei-tag vor den Beratungen zu einem ökumenischen Gottesdienst eingeladen. Die Parteiführung pflegt regelmäßige Kontakte zu den Kirchen. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse ist Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und Gründungsmitglied von Christen in der SPD in Berlin. Es gibt Gemeinsamkeiten: Soziale Gerechtigkeit, der Grundpfeiler der SPD seit ihrer Gründung, spiegelt sich in den biblisch-theologischen Aussagen der beiden Kirchen wider. Sowohl die katholische Soziallehre als auch die evangelische Sozialethik tragen diese Handschrift in allen ihren Verlautbarungen.

Die Gründungsmitglieder der Gruppe „**Christen und SPD**“ laden heute schon ein zu einer ersten öffentlichen Veranstaltung:

Termin: Donnerstag, 25. Oktober 2012, 20 Uhr

Ort: Café im Heilig-Geist-Spital, Ravensburg, Bachstraße 57

Thema:

SPD und christliche Kirchen. Was verbindet, was trennt sie?

In einem Streitgespräch werden zwei namhafte Vertreter von Kirche und SPD aufeinander treffen: **Ingo Rust**, Staatssekretär im Finanzministerium in Stuttgart und aktives Mitglied der evangelischen Kirche. Bis zu seiner Berufung als Staatssekretär war Ingo Rust Kontaktperson der SPD-Landtagsfraktion zu den Kirchen. **Pfarrer Paul Schobel**, langjähriger Betriebsseelsorger der Diözese Rottenburg-Stuttgart, engagiertes Gewerkschaftsmitglied und in der Gruppe Christen in der SPD in Stuttgart. Schobel hat mehrfach als Fließbandarbeiter in verschiedenen Unternehmen (u.a. bei Daimler) hautnah miterlebt, wo Menschen am Arbeitsplatz der Schuh drückt.

In Oberschwaben können die SPD wie die christlichen Kirchen von einem engeren Dialog nur profitieren.

Herzliche Grüße

Berthold Seeger und Hans-Dieter Schäfer

Kontaktadressen:

In Biberach:

Berthold Seeger Schlehengang 22
88400 Biberach

In Ravensburg:

Pfarrer Hans-Dieter Schäfer ev. Klinikseelsorger
Weingartshofer Str. 2 88214 Ravensburg

Im Wahlkreis 294 für die SPD nominiert:

Hannes Munzinger (24)

Dieser Wahlkreis ist zur Bundestagswahl 2009 neu gebildet worden. Bis auf die Gemeinden Aitrach, Aichstetten, Bad Wurzach und Kisslegg (WK Biberach) ist sonst der Landkreis Ravensburg nach einer Jahrzehnte langen Aufteilung wieder überwiegend in einem gemeinsamen Wahlkreis-Territorium bei der Bundestagswahl repräsentiert. Mit 71 stimmberechtigten Mitgliedern (ganz beachtlich) nominierte die Versammlung in der „Post“ in Wolfegg ihren stellv. Kreisvorsitzenden **Hannes Munzinger** zum neuen SPD-Bundestagskandidaten. Munzinger gehört einer angesehenen Ravensburger Unternehmerfamilie an: das bei Publizisten europaweit bekannte „Munzinger Archiv“. Nils Schmid kennt ihn übrigens auch: Hannes Munzinger gehörte dem engeren Wahlkampfteam der Landes-Jusos für den Spitzenkandidaten der baden-württembergischen SPD für die Landtagswahl am 27. März 2011 (und heutigen Landesfinanz- und Wirtschaftsminister BW) an. Seine politischen Kontrahenten sind die amtierenden Bundestagsabgeordneten Andreas Schockenhoff (CDU) und die aus Polen abstammende Agnieszka Malczak (heute verheiratete Brugger) für die Grünen. Spannend wird es, ob es dem jungen SPD-Kandidaten gelingen wird, eine bessere Platzierung auf der SPD-Landesliste zur Bundestagswahl zu erreichen als seine „Vorgängerin“ bei der Wahl 2009, Anne Jenter, die den Platz 33 zugewiesen bekam. Bei der Bundestagswahl 2009 konnten dann lediglich 15 Bewerber/-innen von der baden-württembergischen Landes-SPD ins Berliner Parlament einziehen.

Nach der guten Vorbereitung durch das Team vom Biberacher SPD-Regionalzentrum verlief die Überprüfung des Stimmrechts der versammelten Mitglieder aus den Ortsvereinen –von

Wilhelmsdorf bis Isny- recht zügig, und der Kreisvorsitzende Felix Rückgauer eröffnete die Versammlung mit einer Charakterisierung der schwarz-gelben Bundesregierung auf dem Niveau einer Fußballmannschaft, bei der alle Mannschaftsteile Torwart, Abwehr, Mittelfeld und Sturm (mit Sturmspitze) versagen). Rudolf Bindig übernahm wie im benachbarten Wahlkreis Biberach die Versammlungsleitung und steuerte das Prozedere für eine dem Wahlgesetz entsprechende Kandidaten-Aufstellung mitsamt der Berufung der zwei SPD-Mitglieder für die beiden Sitzungen des Wahlkreis-ausschusses vor und nach der Bundestagswahl im Ravensburger Landratsamt.

Hannes Munzinger bekam erst in den letzten Tagen noch einen „Gegenkandidaten“ aus Schlier bzw. aus dem Ortsverein Weingarten: Staatsanwalt Jörg Bogenrieder. Alt gegen Jung, oder: gerade erst das Volkswirtschaftslehre-Studium in Heidelberg absolviert –gegen einen berufserfahrenen Juristen – wie wird sich die Mitgliederversammlung entscheiden? Beide männlichen Bewerber bekamen eine Redezeit von 30 Minuten zugewiesen. Und da hat es sich als Vorteil erwiesen, dass Hannes Munzinger nur 20 Minuten redete und die restliche Zeit für die Beantwortung von spontanen Fragen aus dem Saal nutzte. Der andere Bewerber musste sich vom Versammlungsleiter hingegen wiederholt auf den bevorstehenden Schluss der Redezeit aufmerksam machen lassen, gerade zu dem Zeitpunkt, als Jörg Bogenrieder dem Publikum seine „sieben Sakramente“, seine sieben wichtigsten politischen Anliegen, erläutern wollte. Jetzt halt nur noch unter dem Eindruck einer Schnappatmung. Zu ausführlich hielt sich Bogenrieder an seine Biographie als Jurist und an seine Wahrnehmungen in der Stuttgarter Juristen-Szenerie im Umfeld der früheren Landesjustizministerin Corinna Werwig-Hertneck von der FDP, die im Zuge der Döring-Affäre ihren Rücktritt aus dem Ministerkabinett einreichen musste.

Hannes Munzinger verglich sich frech mit August Bebel: Dieser war einst mit 26 Jahren der jüngste Politiker, der zur Kaiserzeit in den Reichstag gewählt wurde. Munzinger ist 24 Jahre alt. Ist das zu jung? Die Grünen haben 2002 mit Anna Lührmann eine Abgeordnete in den Bundestag wählen lassen, die 19 Jahre jung war. Sie gehört dem Parlament schon nicht mehr an, sie ist mit dem Botschafter Rainer Eberle verheiratet, der bis 2011 die Botschaft in Khartum/Sudan leitete und seit einem

Jahr Botschafter ist in Tripolis, in Libyen. Sie hat bei einem Studienaufenthalt im Sudan Abgeordnete des Landes über demokratische Instrumente der Gewaltenteilung und Gewaltenteilung aufgeklärt (laut Wikipedia). Die Grünen-Kontrahentin im Wahlkreis Ravensburg, Agnieszka Brugger, war bei ihrer Nominierung zur letzten Bundestagswahl 2009 ebenfalls nur 24 Jahre jung. In den amtierenden Bundestag ist ein FDP-Abgeordneter mit 22 Jahren gewählt worden: Florian Bernschneider. Ob er nächstes Jahr nach der Bundestagswahl noch ein Parlamentarier sein wird- wer weiß?

Die SPD-Mitgliederversammlung in Wolfegg schien überaus angetan von dem rhetorisch überzeugenden Auftritt des Jungspundes. Eine gute Mischung zwischen der Abteilung Attacke auf Schwarz-Gelb und der Abteilung eigene politische Argumentation, wo die SPD noch programmatisch und strategisch zulegen muss, um die Wählerschaft zu überzeugen. Und: Hannes Munzinger will im Wahlkampf in allen 35 Kreisgemeinden Hausbesuche machen und in Ravensburg eine eigene KAMPA einrichten nächstes Jahr. Und: Er setzt in den Stadtvierteln hauptsächlich auf die politische Kommunikation in den sozialen Netzwerken wie twitter und facebook, um Wähler/innen zu mobilisieren. Und: Er verspricht „einen langen Atem“, um zu verhindern, dass die SPD-Basis bei der Bundestagswahl 2017 nicht schon wieder ein neues Kandidaten-Gesicht präsentiert, wie schon jedes Mal bei den letzten drei Urnengängen zur Bundestagswahl zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Der 15. September, so Hannes Munzinger, sei ein bemerkenswerter historischer Tag. An diesem Tag vor hundert Jahren habe der Chemnitzer SPD-Parteitag, der letzte übrigens mit August Bebel, wegweisende Beschlüsse gefasst, wie die Frauenquote für Parteiämter wie die Schriftführung. Sein größter Anstoß zur aktiven politischen Betätigung sei die Finanzkrise 2008 gewesen. „Man muß zum Kümmerer werden, das ist doch die eigentliche Aufgabe einer Partei wie der SPD“, gab Munzinger unter lebhaftem Beifall die Richtung vor. Und das setzt auch voraus, dass man sich in der eigenen Heimatregion gut auskennt. Beim politischen Gegner im Regierungslager habe man in den letzten drei Jahren nur Minuspunkte angesammelt in der Bilanz: die gescheiterte Frauenquote in den Vorstandsetagen der Wirtschaft, die viel kritisierte Herdprämie

(Betreuungsgeld), die nicht konkretisierte Energiewende, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die absurden Sparpakete von 2010. Eigentum verpflichtet, zitierte Munzinger aus dem Grundgesetz, und fügte hinzu: es verpflichtet zur Solidarität, was eine deutlich höhere Besteuerung der Vermögenden zur Folge haben müsse. Überhaupt: In allen Mitgliedsländern der EU müsse eine Mindestbesteuerung für Unternehmen eingeführt werden, die nicht unterschritten werden dürfe wie in der Slowakei beispielsweise. In der Europapolitik müsse ein neues Vertrauen geschaffen werden bei der Bevölkerung, während eine aktuelle Umfrage bedenkliche Misstrauenswerte gegenüber dem Euro und der EU-Politik registriert habe. Ein Trauerspiel ist für den Ravensburger Jung-Politiker auch der Hick-Hack in der Verkehrspolitik, bei der Ramsauer nur herumtrickse wie jetzt bei der Finanzierung der B 30-Ausbau-Maßnahmen südlich von Bad Waldsee und von Ravensburg. Die ober-schwäbische Region gehe auf die Straße, wenn auch noch die Südbahn-Elektrifizierung von diesem Mochtegern-Minister links liegen gelassen wird!

Jörg Bogenrieder will sich einsetzen für eine Beschäftigungssicherung und für solide Staatsfinanzen, für eine demokratische Bewältigung der digitalen Revolution, für eine Korrektur in der Zuständigkeit für die Bildungspolitik zugunsten der Bundesebene, für das Primat der Politik in der Friedens- und Sicherheitspolitik weltweit, für ein soziales Europa, und für eine sichere Rente, auch für die kommenden Generationen. Bogenrieder hat in jüngeren Jahren auch mal den Umgang mit einem Gabelstapler gelernt, er ist also ein „gabelstapelnder Staatsanwalt“. Auch zum aktuellen Urteil in Karlsruhe zum ESM hat Bogenrieder Stellung genommen. Er will im „bürgerlichen Lager“ in den ober-schwäbischen Gefilden eine deutliche Wechselstimmung“ wahrgenommen haben, was für den Ausgang der Bundestagswahl nächstes Jahr nicht ungünstig sei.

Peter Clement, der Isnyer Arzt und SPD-Kreisrat, beglückwünschte die Kreispartei zu der Wahl zwischen zwei so qualifizierten Kandidaten. In der Aussprache in Abwesenheit beider Bewerber ist an die Landes-SPD appelliert worden, einen Landesparteitag auch mal im KuKoz in Weingarten abzuhalten. Auch die kontrovers bewertete Agenda 2010 war ein Thema bei dieser abschließenden kurzen Debatte vor dem Wahlgang.

In geheimer Wahl buchte Hannes Munzinger dann 52 Stimmen für seine Nominierung, Jörg Bogenrieder 18. Im Anschluss daran wählten die stimmberechtigten Mitglieder aus der Ravensburger Kreis-SPD quotengerecht noch die Delegierten für den „Listenparteitag“ der baden-württembergischen SPD am 2.März 2013. Die meisten Stimmen erhielten Hannes Munzinger und Rudolf Bindig. Ein SPD-Mitglied war übrigens nicht stimmberechtigt, obwohl er Vorsitzender eines Ortsvereins ist und schon seit vielen Jahren im Vorderallgäu wohnt (im Erstwohnsitz in Amtzell). Der Grund: Er ist ein sehr respektierter „Gallier“(Franzose). C'est la vie!

W.Bernhard

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Hilde Mattheis kämpft für schnelles Internet für alle

„Wir müssen den Ausbau der Breitbandversorgung beschleunigen. Gerade im ländlichen Raum ist das ein wichtiger Entscheidungsgrund für die Ansiedlung von mittelständischen Firmen und jungen Familien. Davon hängt die Zukunftsfähigkeit vieler Kommunen ab“, betont die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**.

Die SPD-Fraktion fordere in einem Antrag die Bundesregierung auf, bessere Rahmenbedingungen für Investitionen in schnelle und flächendeckende Netze zu schaffen. „Es müssen Investitionsanreize gesetzt und Wirtschaftlichkeitslücken geschlossen werden“, unterstreicht Mattheis. Damit könne der Aufbau auch von Hochleistungsnetzen mit modernen Glasfaserkabeln vorangetrieben werden. Für eine flächendeckende Breitbandgrundversorgung sei eine europarechtskonforme Universaldienstverpflichtung sinnvoll, falls der Wettbewerb allein nicht zum Ziel führe. Synergieeffekte beispielsweise bei der Verlegung von Leerrohren müssten konsequent ausgenutzt werden.

Bei vielen Besuchen in Gemeinden des Alb-Donau-Kreises seien die Rahmenbedingungen des Bundes für die kommunale Infrastruktur und Daseinsvorsorge Thema gewesen. „Für Gemeinden im ländlichen Raum ist es von immenser Bedeutung, dass nun effektiv ge-

handelt wird“, unterstützt die Volksvertreterin den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion.
Ulm, 13. 09. 2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Mattheis fordert gerechte Entlohnung für Lehrkräfte in Integrationskursen

„Wenn wir Integration und gute Sprachkenntnisse erreichen wollen, müssen wir den gut qualifizierten Deutschlehrkräften auch eine entsprechende Vergütung gewähren“, fordert die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** mit einem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion.

An über zwanzig Orten werden in Ulm und im Alb-Donau-Kreis Integrations Sprachkurse für Menschen mit Migrationshintergrund durchgeführt. Die meist als Honorarkräfte eingesetzten Lehrenden müssen ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder eine vergleichbare Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“ vorweisen. Für ihre pädagogische Arbeit erhalten sie durchschnittlich 18,14 Euro pro Stunde und müssen sich selbst sozialversichern. Viele seien auch verunsichert, ob ihre Tätigkeit als Scheinselbständigkeit gelte. „Wir müssen sicherstellen, dass die Lehrkräfte eine ihrer Qualifikation entsprechende Vergütung erhalten, so dass sie von ihrer Arbeit leben können und sozial abgesichert sind“, betonte die Parlamentarierin nach der Fraktionssitzung in Berlin. Nach Besuchen in Integrationskursen im Wahlkreis setze sie sich nun mit diesem Antrag der Bundestagsfraktion für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen von Lehrkräften in Integrationskursen ein. Es gelte die Vergütungsuntergrenze von 18 € zu erhöhen und die Soziale Sicherung rechtlich sicherzustellen. „Die Lehrkräfte leisten wertvolle Arbeit, wenn sie den Teilnehmenden die deutsche Sprache und Kultur beibringen. Diese Leistung müssen wir entsprechend wertschätzen“, erklärte **Mattheis** abschließend.

Ulm, 13.09.2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

Wirtschaft wächst, Armut wächst:

Ministerin verteilt Placebos

Zum erneuten Anstieg der Zahl der von Armut bedrohten Menschen und angekündigten Zuschlag auf den Hartz IV-Regelsatz, erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion **Hilde Mattheis**:

Trotz des starken Wirtschaftswachstums im letzten Jahr ist 2011 die Zahl der armutsgefährdeten Bundesbürgerinnen und Bundesbürger von 14,5 auf 15,1 Prozent angewachsen. Die Armutsgefährdung der Menschen lag im Jahr 2011 in den meisten Bundesländern über dem Niveau des Vorjahres.

Dieses Armutszeugnis musste sich die Bundesregierung heute vom Statistischen Bundesamt ausstellen lassen.

Nur tröpfchenweise werden der Öffentlichkeit nach und nach die bitteren Fakten der Armuts- und Reichtumsentwicklung in Deutschland verabreicht: Gestern die massenhaft drohende Altersarmut, heute die wachsende Armut und dies in einem Land, in dem der Reichtum einer kleinen Gruppe blüht und gedeiht.

Schon längst hätte die zuständige Ministerin von der Leyen den Armuts- und Reichtumsbericht vorlegen müssen. Vor der Sommerpause verschoben, liegt der überfällige Bericht bis heute nicht vor.

Stattdessen versucht die Ministerin Placebos zu verteilen, mal hier eine auf einen kleinen Personenkreis zugeschnittene Zusatzrente, mal dort einen Hartz IV - Zuschlag, der kaum die Inflationsrate ausgleicht.

Eine Politik der Armutsbekämpfung kann man das nicht nennen, von Armutsprävention ganz zu schweigen.

Wer es hinnimmt, dass jeder Siebte in diesem Land in prekären und armen Verhältnissen leben muss, obwohl die Wirtschaft brummt, soll nicht behaupten, der Sozialstaat funktioniert.

Sozial und gerecht geht anders.

Berlin, 13.09.2012

Christian Berg,
Büro Hilde Mattheis, MdB

Gestern 10 Billionen, heute 8 Euro:

Diese Bundesregierung fördert die soziale Spaltung

AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration

Zum Armuts- und Reichtumsbericht und dem Beschluss der Bundesregierung zur Regelsatz-Anpassung erklären die Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis und die stellvertretende Sprecherin Gabriele Hiller-Ohm:

Gestern musste die Bundesregierung das Anwachsen der privaten Vermögen auf 10 Billionen Euro bestätigen, heute versucht sie mit dem Kabinettsbeschluss von 8 Euro politisches Handeln gegen die wachsende soziale Spaltung in unserem Land vorzutauschen. Die von der Bundesregierung beschlossene Anpassung der Regelsätze für Hartz IV-BezieherInnen um 8 Euro ist Augenwischerei. Bundesministerin von der Leyen weigert sich, den Regelsatz verfassungsgemäß neu zu berechnen.

Die Bundesregierung kennt weiterhin nur eine Richtung der Umverteilung: die von unten nach oben.

Aber gerade jetzt, wo mit dem Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichtes deutlich wird, dass die Reichen immer reicher und die Armer ärmer werden in unserem Land, braucht es ein Gesamtkonzept für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Überzeugender wäre es, wenn die Bundesregierung jetzt neben einer fundierten Neuberechnung des Regelsatzes sich auch dazu äußern würde, wie sie die Einnahmen des Staates stärken will, ob sie bereit ist, z.B. die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder auch über die Einführung einer Vermögensabgabe überhaupt mal nachzudenken.

Berlin, 19.09.2012

**Christian Berg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Büro Hilde Mattheis, MdB**

Experten diskutieren berufliche Bildung

Unbesetzte Ausbildungsplätze und Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung, steigender Fachkräftebedarf und Modernisierung der Ausbildung: Am 13. Oktober 2012 tauschen sich ab 14:30 Uhr in den Ulmer Stuben Experten über diese Spannungsfelder und die Herausforderungen in der Beruflichen Bildung aus. Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** diskutiert der Bildungspolitiker Ernst-Dieter Rossmann mit Vertretern von Berufsschule, Handwerkskammer und Bildungsträger.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rossmann trifft am Samstag Nachmittag in dem Fachgespräch auf Karin Schmid (Geschäftsführerin der Handwerkskammer Ulm), die Schulleitungen Lorenz Schulte (Ferdinand-von-Steinbeis-Schule) und Markus Pfeil (Friedrich-List-Schule) sowie Barbara Riegert von fakt.ori, die Teilzeitausbildungen für junge Mütter betreut. Hilde Mattheis wird in ihrer Moderation den Fokus auf die Themen unbesetzte Ausbildungsplätze, steigender Fachkräftebedarf und Modernisierung der Berufsausbildung legen.

Ulm, 27.09.2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

SPD-Publikationen in der Region ...

- Roter Turm www.spd-ravensburg.de
- 's Rote Füchsle www.spd-ehingen.de
- Bibervision www.spd-biberach.de
- Der Rote Seehas:

http://www.spd-bodenseekreis.de/index.php?mod=content&menu=400&page_id=16706

oder über:

www.sozialistische-bodensee-internationale.eu/

Fortsetzung von Seite 16

Termine im Bodenseekreis

OV Bermatingen:

politisches Wurstsalatessen

Donnerstag, 11.10.2012,
18:00 Uhr - 20:30 Uhr.
Ort: Weinstube Stecher

OV Friedrichshafen:

Mitgliederversammlung –

Thema: **Gemeinschaftsschule für FN**

Mittwoch, 10.10.2012,
19:30 Uhr -22:00 Uhr.
Ort: Pestalozzi-Schule Grund- und
Werkrealschule Friedrichshafen

Teilnehmer der Podiumsdiskussion sind

Norbert Zeller, Leiter der Stabsstelle
Gemeinschaftsschulen

BM Peter Hauswald, Stadt FN

Josef Brugger, Leiter der Pestalozzi-Schule
FN

Saskia Esken, stv. Vorsitzende des
Landeselternbeirates

Wolfgang Fitz, Konrektor der
Sommertalschule/Gemeinschaftsschule
Meersburg.

Moderation: Dieter Stauber (Stadt- und
Kreisrat) sowie

Leon Hahn von den Jusos Bodenseekreis.
Eingeladen sind SPD-Mitglieder, die Öffent-
lichkeit, Schüler, Eltern, Lehrer und interess-
ierte Gäste.

SPD-Stammtisch

Donnerstag, 25.10.2012,
19:30 Uhr -22:00 Uhr.
Ort: Zeppelin Dorfkrug FN
SPD-Mitglieder, Neumitglieder und Freunde
der SPD FN sind herzlich zum SPD-
Stammtisch eingeladen

Markdorf:

Forum Energie: Energiewende

Freitag, 05.10.2012,
18:30 Uhr -21:30 Uhr.
Ort: Stadthalle Markdorf

Einladung der Umweltgruppe Markdorf

Mit Umweltminister
Franz Untersteller, MdL,
Stephan Schindele, Fraunhofer - Institut für
Solare Energiesysteme,
Bene Müller, Solarcomplex Singen,
Frank Jehle, Energie-Agentur Ravensburg

OV Meersburg:

Donnerstag, 11. Oktober 2012
20:00 Uhr
Verkehrskonferenz mit
MdL Martin Hahn, Grüne
Gutsschänke

Donnerstag, 25.10.2012
20:00 Uhr
Vorstandsitzung
Gutsschänke

OV Überlingen:

09.10.2012

parteiöffentliche **Vorstands- und Fraktionssitzung**

Themen:

werden noch bekannt gegeben

Zeit: 20:00

Ort: Nebenzimmer des Gasthauses Krone,
Ausweichmöglichkeit Pizzeria Capri am
Landungsplatz

Langenargen:

Einladung zur Romanlesung:

Am 21. Oktober 15 Uhr findet im Schloss
Montfort in Langenargen eine Lesung

ROMAN- DAS ATTENTAT DES HERRN HAUBER

Durch Autor **Heinz Keller** statt. Auch Co-
Autor Victor Glass ist dabei. Die Veranstalt-
ung wird von Herrn(Andreas) Fuchs von der
Gemeinde Langenargen organisiert. Untermalt
wird die Lesung mit Musik aus den Dreißiger-
jahren.

Martin Hauber wurde 1901 in Langenargen
geboren. Beim Volksgerichtshof in Berlin gibt
es an die 1000 Blatt Akten zum Fall Hauber.

10.08.2012 10:24

Heinz Keller

Interview mit Jochen Jehle für die Nominierung zum Bundestagskandidaten der SPD im Wahlkreis 293 Bodenseekreis

Warum bewirbst du dich die Nominierung zum Bundestagskandidaten im Wahlkreis Nr. 293?

Durch mein jahrzehntelanges Engagement in der Parteiarbeit auf regionaler, Landes- und Bundesebene bringe ich die Erfahrung mit, die für einen guten Wahlkampf unentbehrlich ist. Ich bin kommunalpolitisch verankert und darüber hinaus auch als Bundestagskandidat 2009 im Wahlkreis bekannt und anerkannt. Etliche Gespräche, die ich mit Ortsvereinsvorständen und Mitgliedern aus dem Bodenseekreis in den letzten Monaten geführt habe, haben gezeigt, dass das an der Parteibasis ebenso gesehen wird. Mein Interesse an der Bundespolitik ist nach wie vor hoch und ich habe im letzten Bundestagswahlkampf gerne und engagiert mit Bürgerinnen und Bürgern die Konzepte der SPD diskutiert. Mein Erststimmenergebnis zeigt, dass die Wählerinnen und Wähler mir über das SPD-Ergebnis hinaus ihr Vertrauen schenken. Alles zusammen genommen glaube ich, dass die SPD hier vor Ort mit mir die besten Chancen auf ein gutes Wahlergebnis hat.

Was sind für dich die Stärken der SPD im Wahlkreis?

Es gibt keine.

Welche Akzente, Schwerpunkte sind für dich in der Parteiarbeit in den kommenden zwei bis drei Jahren wichtig?

Wenn die Arbeit im Kreisverband professioneller und sachorientierter wird, kann ich mir vorstellen, dass sich mehr Genossinnen und Genossen dafür interessieren. Ansonsten müssen die OV's und der KV selbst entscheiden, wie sie ihre Arbeit gestalten wollen.

Welche Akzente, Schwerpunkte sind für dich im Wahlkreis in den kommenden zwei bis drei Jahren wichtig?

Grün-Rot in Baden-Württemberg hat die versprochene Priorisierung der Bundesstraßen vorgenommen und nun ist der Bund am Zug, die für die B31 nötigen Mittel bereitzustellen. Gemeinsame Interessen in der Region sollte man auch nach außen parteiübergreifend gemeinsam vertreten. Dasselbe gilt für die Elektrifizierung der Südbahn, bei der die Interessengemeinschaft in der Region gute Arbeit leistet: Die Umsetzung liegt voll im Zeitplan! Wir müssen zudem die von Rot-Grün vor

Jahren angestoßenen bundespolitischen Programme vor Ort in den Städten und Kommunen weiter voranbringen: Ausbau der Kleinkindbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Sicherung der Gemeindefinanzen. Ein Element der Chancengleichheit ist die Förderung der Gruppen, die im Bildungssystem, bei der Ausbildung oder bei der Arbeitssuche besondere Probleme haben. In der Bildungsregion Bodenseekreis muss man diese Gruppen besonders im Auge haben und so früh wie möglich fördern.

Die Argumente der Windkraftgegner in der Region finde ich nicht überzeugend und sofern sie berechtigt sind kann man sie ausräumen. Wenn das neu gegründete Stadtwerk am See die Windkraftanlagen bei Überlingen oder am Gehrenberg nicht bauen will, weil es vor Ort Proteste gibt, dann muss das die EnBW oder ein anderer Betreiber machen.

Welche Akzente, Schwerpunkte sind für dich in der Bundespolitik in den kommenden zwei bis drei Jahren wichtig?

Viele Themen, die ich bei der letzten Wahl wichtig fand, sind auch heute noch aktuell: Der internationalen Verantwortung Deutschlands müssen wir in unserem Handeln gerecht werden. Deutschland ist international angesehene Friedensmacht und übernimmt eine Führungsrolle in Europa. Diese Rollen sollte Deutschland selbstbewusst aber multilateral und mit den Partnern in der EU abgestimmt gestalten. Denn viele Probleme kann Deutschland nur zusammen mit den anderen Europäern lösen. Für eine solche europäische Perspektive ist jedoch die Unterstützung der Bevölkerung notwendig, für die wir werben müssen. Deutschland muss sich im europäischen Rahmen dafür einsetzen, dass die Chancen der vernetzten globalisierten Finanzmärkte stärker zur Geltung kommen. Die Risiken müssen begrenzt sowie den verantwortlichen Akteuren aufgebürdet werden. Im Konzept unseres Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück gibt es dazu viele allseits beachtete gute Ansätze. Nachdem der Atomausstieg nun endgültig besiegelt ist, muss man die Energiewende überall im Land vorantreiben. Hohe Energiepreise sind wichtige Signale an alle, dass sich Investitionen in Energiespartetechnik sowie erneuerbare Energien und Verhaltensänderungen beim Energieverbrauch lohnen. Neue Arbeitsplätze sind die große Chance, die in diesem nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaft stecken. Rot-Grün hat in der vorletzten Wahlperiode den Armuts- und Reichtumsbericht initiiert, weil wir schon immer die Schere zwischen Arm und Reich im Auge hatten. Wir bleiben dran: Mindestlöhne, verstärkte Steuerfinanzierung von Sozialleistungen und Wegfall von Zuzahlungen bei Krankheit für untere Ein-

kommensgruppen, eine angemessene Erbschaftssteuer und höhere Steuern für Gutverdienende sind Lösungsansätze für die ich werben möchte. Rentenreformen müssen sowohl der Situation der Beitragszahler wie auch der Rentner gerecht werden. Der Gesundheitsfonds muss zur Bürgerversicherung ausgebaut werden.

Soziale Gerechtigkeit ist für dich:

Gleiche Teilhabechancen an Bildung, Wohlstand und Kultur für alle Mitglieder einer Gesellschaft, wobei damit auch die Weltgesellschaft gemeint ist.

Was ist für dich der tollste Ort, Flecken im Wahlkreis und warum?

Ich sitze im Gasthaus Höchsten und genieße bei klarer Sicht den Blick auf das Alpenpanorama und die eleganten Windräder auf dem Gehrenberg im Vordergrund, weil das einfach gut zusammenpasst.

Welches sind für dich die ersten 3 vorrangigen Aufgaben, um die sich die SPD-Politiker/innen in der kommenden Wahlperiode kümmern müssten?

1. Das sinkende Vertrauen der Bürger in die Eliten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik darf von uns nicht einfach so hingenommen werden. Unsere Politik erklären, Kompromisse begründen und um Vertrauen werben ist eine Daueraufgabe.
2. Wie bringt man Energiesicherheit mit einem nachhaltigen und effizienten Energiemix und Netzausbau zusammen?
3. Deutschland steht trotz Finanz- und Wirtschaftskrise gut da: Geringe Jugendarbeitslosigkeit, ein leistungsfähiger Sozialstaat und eine gute Wirtschaftsentwicklung. Die Einkommen- und Vermögen driften aber auch hier auseinander. Dies wirft Gerechtigkeitsfragen auf, die wir beantworten müssen.

Die Rettung des Euro ist nach meiner Einschätzung:

ohne die Rettungsfonds, die EZB, eine Bankenregulierung und den Fiskalpakt nicht zu stemmen und kann mit den derzeitigen Maßnahmen gelingen. Die Solidarität Deutschlands ist für mich selbstverständlich aber nicht umsonst zu haben. Grundsätzlich geht es um die Frage, ob die Euro-Mitglieder die notwendigen Regeln einhalten können und wollen, damit der Euro stabil bleibt. Die Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger, dass ihr Ersparnis in Ge-

fahr sein könnte, muss die Politik ernst nehmen.

Welchen Stellenwert haben Wahlkreisarbeit und Kontakt mit der Basis für dich – und in welcher Form stellst du dir diese Arbeitsbereiche vor?

Die Politik im Bund an die Basis zu vermitteln ist eine wichtige Aufgabe. Einfache Antworten wird es von mir aber nicht geben, weil aktuelle Probleme kompliziert und die Lösungsansätze anspruchsvoll sind. Umgekehrt bin ich auch gerne Ansprechpartner für Fragen und Anregungen an die Bundespolitik.

Wie stellst du dir den kommenden Wahlkampf vor?

Auch in diesem Wahlkampf wird das Thema Europa eine wichtige Rolle spielen. Es ist eine Herausforderung, den Menschen das Zusammenspiel und die gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen politischen Ebenen gerade bei der Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise näher zu bringen. Unsere Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg ist für den Wahlkampf vorteilhaft. Wenig Aufwand, viele Bürgerkontakte, gute, realistische politische Argumentation und mediale Präsenz müssen unseren Wahlkampf kennzeichnen. Gerne würde ich mit engagierten Genossinnen und Genossen vor Ort Ideen für einen bürgernahen Wahlkampf entwickeln und umsetzen.

Zusatzfrage: Solltest du diesmal nicht in den Bundestag kommen, wie wirst du dich um den Bodenseekreis plus Sigmaringer Anhang kümmern?

Nach dem Bundestagswahlkampf werden die Kreisverbände in gewohnter Weise selbständig arbeiten, was auch sinnvoll ist. Von Fall zu Fall wird man sehen, wo sich Kooperationsmöglichkeiten bieten oder ob ich als Referent für Fragen zur Kommunalpolitik oder zur Politik nützlich sein kann.

Die Redaktion des Roten Seehas dankt dir für die Beantwortung der Fragen.

SPD Unterbezirk Allgäu-Bodensee

Vorsitzender: Markus Kubatschka
Julius-Kunert-Str. 27 c, 87509 Immenstadt,
Tel. 0160-1874044, Mail: markus.kubatschka@freenet.de



Einladung

zur

Vorstandssitzung des UB Allgäu- Bodensee

am

Dienstag, den 09. Oktober 2012

19.30 Uhr

Gasthaus Engel, Salzstraße 4, 87509 Immenstadt

Liebe Genossinnen und Genossen,

obwohl wir auf der Klausur uns auf den Freitag, den 5. Oktober geeinigt hatten, muss der Termin verschoben werden.

Am Freitag bekommt **Pfarrer Markus Meckel** den **Scheidegger Friedenspreis** überreicht.

Pfarrer Markus Meckel war der letzte DDR-Außenminister, Mitbegründer der SDP und langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestags für die SPD. Genaueres zur Verleihung entnehmt bitte der Internetseite des Marktes Scheidegg. Es ist eine öffentliche Veranstaltung und die auch SPD im Allgäu sollte Flagge zeigen und zur Verleihung gehen.

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Vorbereitung der Nominierungsveranstaltung für den deutschen Bundestag am Freitag, den 12 Oktober
3. Berichte von Bezirk und der Untergliederungen
4. Termine
5. Sonstiges

Ich würde mich über eine große Anwesenheit freuen.

Mit solidarischen Grüßen

Markus Kubatschka

AKTUELLES AUS SCHEIDEGG



(c) Markt Scheidegg

VERLEIHUNG DES 4. SCHEIDEGGER FRIEDENSPREISES

am Freitag, dem 5. Oktober 2012 an Markus Meckel

Der Scheidegger Friedenspreis wird in diesem Jahr zum vierten Mal verliehen und geht an Markus Meckel.

Programm ab 19:30 Uhr im Kurhaus Scheidegg:

- Musik zur Einstimmung
- Begrüßung
- Laudatio von Manfred Przybylski
- Grußwort des 1. Bürgermeisters Ulrich Pfanner
- Verleihung des Friedenspreises
- Musikstück
- Festvortrag von Pfarrer Markus Meckel
- Musikstück
- Nationalhymne

Infos: Markt Scheidegg, Tel. 08381 895-0.

Veranstaltungshinweise für Sonntag, 7. Oktober 2012:

- **10:15** Gottesdienst mit Predigt von Markus Meckel in der Ev. Auferstehungskirche Scheidegg mit anschließendem Gespräch
- **20:00** Kino im Pilgerzentrum: „Das Leben der Anderen“ ; Eintritt frei, Spenden erbeten

V. i. S. d. P.

Markus Kubatschka

Pressemitteilung



DGB zum Thema Altersarmut

DGB: „Ursula von der Leyen verkauft die Menschen für dumm!“

DGB-Vorsitzender Peter Fischer, zuständig für den DGB in Südwürttemberg, sieht in der geplanten Zuschuss-Rente von Ministerin von der Leyen eine weitere unverfrorene Volks-Verdummungsaktion.

„Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit hat die Politik dafür gesorgt, dass Niedriglöhne sich ungehindert ausbreiten konnten. Mit Befristungen, Leiharbeit, Minijobs und weiteren Instrumenten wurde ein extremer Druck auf die Arbeitnehmereinkommen organisiert. Gleichzeitig wird ein gesetzlicher Mindestlohn weiterhin verweigert. Es war und ist politisch gewollt, dass ein ausufernder Niedriglohnbereich entsteht. Dabei wird offensichtlich in Kauf genommen, dass Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr leben können“, entrüstet sich der DGB-Chef.

„Seit Jahren weisen DGB und Gewerkschaften auf die tickende Zeitbombe Altersarmut hin. Nun stellt sich Frau von der Leyen hin und tut gerade so, als käme diese Entwicklung völlig überraschend. Mit ihrer Zuschuss-Rente lenkt sie vom eigentlichen Problem ab. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters ist ebenso politisch gewollt wie die Absenkung des Rentenniveaus von 51 auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns.“

„Nach aufgestockten Minilöhnen werden nur wenige in den Genuss einer aufgestockten Mini-Rente kommen. Gerade diejenigen, die am ehesten eine Mini-Rente zu erwarten haben, bringen meist keine 35 Versicherungsjahre zusammen und können sich eine Riesterreente nicht leisten“. Derartige Bedingungen stellt die Ministerin für die geplante Zuschuss-Rente. „Das ist zynisch und damit sollen wohl die Menschen für dumm verkauft werden“, so Peter Fischer.

„Eine armutsfeste Altersrente sieht anders aus. Konsequenter wäre, das Renteneintrittsalter nicht auf 67 hochzusetzen. Wenn das Rentenalter bei 65 Jahren bliebe, würde das im Jahr 2029 die Rentenkasse nur mit einem halben Prozentpunkt belasten. Vor allem aber gilt: Nur auskömmliche Löhne ermöglichen auskömmliche Renten“.

DGB-Region Südwürttemberg, Weinhof 23, 89073 Ulm
Tel. 0731-65389, Fax. 0731-6022190, Email: ulm@dgb.de

Steht die GKWG weiter zum Gesellschaftsziel
„eine sichere und verantwortbare Wohnungsversorgung der
breiten Schichten der Bevölkerung?

Aufsichtsrat der GKWG genehmigt Verkauf
von 42 Wohnungen in Lindenberg

Gibt es künftig noch kommunalen, Sozialen Wohnungsbau in
Lindenberg, oder werden weitere Immobilien privatisiert?

Darüber wollen wir mit Ihnen diskutieren und mit

Ludwig Wörner, MdL

u. a. ehrenamtlicher Vorstand der Wohnungsgenossenschaft München West.

am: Mittwoch, 10. Oktober 2012

um: 20.00 Uhr

im Gasthaus „Zum alten Bräuhaus“ in Lindenberg

:

Mitglieder des GKWG-Aufsichtsrats sind:

Elmar Stegmann, Landrat	CSU	Vorsitzender
Johann Zeh, Bürgermeister	FW	stellv. Vorsitzender
Eberhard Rotter, MdL	CSU	
Daniele Kraft	CSU	
Bernd Fischer		Sparkasse MM-LI-MN
Dieter Wurm	CSU	
Friedrich Haag	FW	

Sie sind herzlich eingeladen!
SPD-Ortsverein Lindenberg



Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Ludwig Dorner:

Ludwig.Dorner@t-online.de

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell:

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Jochen Jehle:

mail@jochen-jehle.de

Dietram Hoffmann:

dietram.hoffmann@googlemail.com

Dario Sulzer, Politischer Sekretär:

sulzer@sp-sg.ch

Felix Gemperle, Kantonsrat:

felix.gemperle@kabeltv.ch

Peter Hartmann:

hartmann.forrer@bluewin.ch

SPÖ-Express:

Ländle Gerech:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Stefan Gretzinger:

stefan.der.stefan@gmail.com

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

martin.gerster@wk.bundestag.de

martin.gerster@bundestag.de

Martin Gerster, MdB:

Büro Hans-Peter Storz, MdL:

info@hans-peter-storz.de

Winfried Kropp:

kropp@spd-konstanz.de

Hans-Dieter Schäfer:

hans-dieter.schaefer@zfp-zentrum.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Markus Kubatschka:

markus.kubatschka@freenet.de

DGB-Region Südwürttemberg, Ulm:

ulm@dgb.de

Leo Wiedemann:

leo.wiedemann@t-online.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de